

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Pf. pro Monat,
1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen lösten die sieben-spaltene Notiz.

Zeile resp. deren Raum 1,- Mark.
Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei
20maliger Aufnahme 20 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegramm-Adresse:
Altverband Bochum.Anwärter eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Bei Wdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Essen.
Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhäuserstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Interesse an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Heimlos.

Kleines Haus am Wegesrand,
Haus, wo meine Wiege stand,
Ob der Jugendtraum verblich,
Vaterhaus, wie lieb ich dich. —

Schau dich jetzt im Abendstrahl;
Kleines Haus voll Lust und Qual —
Möchte immer so dich seh'n,
Doch ich muß ja wieder gehn. —

Muß zu Fremden, liebeleer,
Heimat bist du mir nicht mehr;
Kleines Haus am Wegesrand,
Haus, wo meine Wiege stand. —

B. R.

aus, daß in den Gewerkschaften nicht nur die wirtschaftlichen Interessen sozialistischer Arbeiter, sondern die Interessen der Arbeiter aller Richtungen verteidigt werden sollten. Wenn man nicht erfaßt hätte, daß den Gewerkschaften ein besonderes Kampfgebiet zugewiesen werden mügte, dann hätten die sozialistischen Politiker nicht die Gewerkschaften beeinflußt und gefördert, sondern wären an der Stärkung der vorhandenen Parteiorganisationen herangetreten um von hier aus die gewerkschaftlichen Aufgaben zu lösen. Zu den sozialistischen Vereinen aber lohnte nur derjenige aufgenommen werden, der das politische Programm der Sozialisten anerkannte, in den Gewerkschaften aber durfte jeder eintreten welchen Glaubens er auch war und welcher Partei er auch angehörte. In den Hirsch-Dünkerschen Gewerbevereinen hatte man Käntzen geschaffen, die den Eintritt der Arbeiter jeder politischen Richtung unmöglich machen. Sie war als Sonderorganisation von vornherein vorausgeplant worden. Wir lassen sie deshalb aus dem Rahmen unserer Betrachtungen heraus!

Die von den Sozialisten gegründeten Gewerkschaften übten volle Neutralität aus. Die Kreise aber, die sich später so kräftig für die Gründung „christlicher“ Gewerkschaften ins Zeug legten, kündigten sich nicht um die gewerkschaftliche Erziehung ihrer Anhänger aus Arbeiterkreisen. Auch dann, als durch das Sozialistengesetz die freie Gewerkschaftsbewegung mit niedergeschlagen wurde, die Verbände der Auflösung verfielen, dachte man nicht an die Gründung christlicher Gewerkschaften. Und wo es geschah, wie in der Bergarbeiterbewegung, da schuf man nur Organisationen, die der Zersplitterung dienen und die man wieder einschlafen ließ, sobald die Mission erfüllt war. Erst als die freien Gewerkschaften aufgingen hunderttausende Arbeiter um ihre Fahnen zu sammeln, erlaubte man endlich den christlichen Arbeitern die Organisationen, die dann auch mit der Gründung des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter ihren Anfang nahm. Helm hat es ja auf dem letzten Katholikentag zu gegeben, warum man die christlichen Organisationen gestattete, oder wie der Herr sich ausdrückte, erlaubte! Und heute kommt der „Bergknappe“ her und macht den Sozialisten zum Vorwurf, daß sie an die Gründung von gewerkschaftlichen Organisationen herangetreten und verdient ihnen sogar, daß sie ihren Einfluß auf die Gewerkschaften ausüben. Fühlt der „Bergknappe“ nicht, wie er da seine eigene blutige Satire, seine Selbstanhörung schreibt? Sollten die Arbeiter unorganisiert bleiben? Oder sollten die Sozialisten die Gründung christlicher Gewerkschaften nach heutigem Muster in die Hand nehmen?

Aber die Sozialdemokratie bedroht die heutige Gesellschaft, weil sie angeblich die Arbeiterklasse gegen alle anderen Klasse geschieht. Mit der Sozialdemokratie meint der „Bergknappe“ auch die freien Gewerkschaften, trotzdem in diesen sozialistischen Arbeiter organisiert sein dürfen, als in den „christlichen“ Gewerkschaften selbst. Richtig ist, daß in den Gewerkschaften die Arbeiter als Klasse organisiert sind, um sich gegen die Übergriffe von draußen her zu wahren. Man höre aber nur die Vorträge christlicher Gewerkschaftsagitatoren und wir werden finden, daß diese selbst die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften aus denselben Gründen heraus herleiten und herleiten müssen. Oder sollten die christlichen Gewerkschaften nur gegen den Teil der Arbeiterklasse ins Leben gerufen sein, der sozialistisch denkt und nur darum? Wenn man den „Bergknappen“ liest, und die Ausführungen Heim's dazu, dann muß man zu solchen Ansichten kommen, aber die Arbeiterkämpfe von heute sagen uns, daß auch in den christlichen Gewerkschaften das Klassegefühl gegen diejenige Klasse, von der sie bedrückt werden, schon längst erwacht ist. Warum also das wütige Geschimpf, wenn wir uns als Klasse fühlen und für die Arbeiterklasse kämpfen?

Man sollte jene Leute ehren, die ihre Aufgaben darin sahen, die Lage der Arbeiterklasse durch gewerkschaftliche Organisationen zu heben, die allen Verfolgungen und Gemeinheiten trotzend sich den kämpfenden Gewerkschaftlern stets zur Verfügung stellten und die sich um die Arbeiter kümmerten, während man auf der anderen Seite keine gewerkschaftliche Bewegung aufkommen ließ. Ein Vierteljahrhundert schienen den Herrschern die freien Gewerkschaften ungefährlich zu sein, erst als diese die Massen erfassen, war Holland in Not und die Zersplitterungsversuche scheitern ein und gelangen. Und was ist geworden? Müssten nicht die christlichen Gewerkschaften schließlich die Forderungen der freien Gewerkschaften zu den ihrigen machen, dieselben Wege wandeln, dieselben Kämpfe führen? Ist das nicht der beste Beweis, daß das Christentum garnicht den gewerkschaftlichen Kämpfen im Wege steht? Und weil es so ist, stehen die Gewerkschaften auch dem Christentum nicht im Wege. Den freien Gewerkschaften trotzdem vorzuwerfen, sie erschüttern die christlichen Grundsätze heißt die christlichen Arbeiter betrügen und sie hinter sich führen!

Ja aber die Sozialdemokratie ist religionsfeindlich und die freien Gewerkschaften wie auch der Bergarbeiterverband sind ihr mit Haut und Haar vergeben. Wir haben keine Ursache die Sozialdemokratie vor diesen Vorwürfen zu schützen. Aber eines glauben wir feststellen zu müssen, daß Sozialismus und Christentum in vielen Fragen viel näher sich treffen als die Anschaungen christlicher Arbeiter und christlicher Kapitalisten! Der Kapitalismus in seiner heutigen Gestalt widerspricht den Grundzügen des Christentums so ost und so gründlich, daß die christlichen Arbeiterverbände aus den Kämpfen gegen das Kapital garnicht mehr herauskommen. Wenn aber der Sozialismus einstmals vernichtet sein wird, dann wird diese Gesellschaftsordnung den christlichen Grundzügen tausendmal mehr entsprechen, als das Staatswesen von heute, das so ungeheuerlich viel barbarische und unchristliche Grundzüge kennt, die aber nur durch Umtwälzungen zu anderen Staatsformen beseitigt werden können, nicht durch bloße Lehren oder durch den Appell an die Menschlichkeit und an das Christentum allein. Das sollten doch die christlichen Gewerkschaften an sich selbst längst erfahren und in sich aufgenommen haben.

Der Sozialismus hat, wo er sich in politischen Gebilden zeigt, sein eigenes Kampffeld. Er vereint in sich die verschiedenen Berufe ob Arbeiter, Handwerker, Bauer, Bürger, Fabrikant, Geistliche usw. Der sozialistischen Partei tritt nur bei, wer die sozialistischen Grundprinzipien anerkennt; die Gewerkschaften aber lassen die Türe für alle offen, die mitwirken wollen, Berufssachen zu lösen, die alle Arbeiter, ob Jude, Christ oder Heide, gleichmäßig angehen. Die Fabrik wie die Grube nimmt die Maße nicht unterschiedlich auf,

sondern es wird in ihnen der Arbeiter als solcher gleich behandelt. Freud und Leid trifft wesentlich alle gemeinsam. Darum kommt auch der Bergarbeiterverband her und nimmt alle Bergleute auf, ohne Rücksicht auf ihre Religion, wie Parteizugehörigkeit. Wer den Verbandsinteressen dient und die gewerkschaftlichen Forderungen zu den seingängen macht, wird von uns nicht beschimpft und fortgesetzt angepöbelt werden, selbst wenn der Feind der Bergarbeiter sich sozialdemokratische Partei nennt. Damit verpflichten wir kein Verbandsmitglied, daß es nun auch Sozialdemokrat sein muß. Das mag jeder mit sich abmachen, wie er will. Wenn parlamentarische oder politische Aktionen uns zum Reden zwingen, oder zwingen, zu einzelnen Fragen Stellung zu nehmen, dann werden wir als Verband so sprechen und Stellung nehmen, wie es uns für die Kameraden dienlich erscheint. Wir reißen nicht, wie der „Bergknappe“, fortgesetzt auf einer Partei herum, ob diese gut oder böse handelt. Wir beschimpfen keine Partei, der selbst die christlichen Arbeiter vieles zu verdanken haben; wir schonen aber auch keine Partei, von der wir schlecht bedient werden. Dass die Sozialdemokratie für uns, die Bergarbeiter, recht oft gründlich in die Schranken trat, sich ihr unser Wohlwollen, an dem Tage aber wo ihr Ein unsere gewerkschaftlichen Interessen widerspricht, erheben wir gegen sie Protest. Genügt das dem „Bergknappen“ noch nicht?

Dass die Sozialdemokratie den Kampf gegen die christliche Weltanschauung in die Gewerkschaftsbewegung hineingetragen hat, findet seine Widerlegung durch unsere hier festgestellten Tatsachen. Wo man früher innerhalb des Verbandes religiöse Fragen erörterte und podurch sich christliche Arbeiter verlebt fühlen konnten, das haben wir nicht gutthaben können und werden es auch fernerhin nicht tun. Ja, wir waren ehrlich genug, einzugehen, daß in dieser Frage Fehler gemacht worden sind und daß wir lebhaft wünschen, solche Fehler innerhalb des Verbandes nicht wieder auftreten zu lassen. Der „Bergknappe“ hätte besser getan, sich aller Ausführungen hierauf zu enthalten. Es steht schlimm um das christliche Organ, nicht bessere Gründe gegen den Einigkeitsgedanken herbeibringen zu können, als das Einheitszerren der Religion, wo diese doch das einheitliche Handeln aller Bergleute gar nicht verbietet. Aber wir haben schon in dem vom „Bergknappen“ angegriffenen Artikel angeführt, daß es besser gewesen wäre, man hätte von vorherhin Einfluß auf den Verband sich verhofft. Die Sozialdemokratien waren bei Gründung des Verbandes in der Minderheit. Eine gute Agitation des Clerus unter den christlichen Arbeitern hätte diesen einen solchen Zug im Verband scheren können, doch sie eingehend Diskussionen darüber führen zu können abbrechen könnten. So haben es die sozialdemokratischen Verbanden vielfach mit den Konsumvereinen gemacht. Diese waren sehr oft in Händen ihrer Gegner. Die Arbeiter kamen aber her, traten in die Konsumvereine ein, verschafften sich Einfluß und man arbeitete dann gemeinschaftlich für die Interessen der Konsumvereinsmitglieder. Das hat niemanden geschadet, wie der Stand des Gemeinschaftsweins von heute zur Evidenz nachweist.

Zum Schluss kommt der „Bergknappe“ her und legt der „Bergarbeiter-Zeitung“ von neuem folgende Fragen vor:

1. Steht der alte Verband nicht auf dem Boden derselben Weltanschauung und verfolgt die Verbandsleitung nicht dasselbe Endziel wie die sozialdemokratische Partei?

2. Wollen die Altverbänder wirklich einheitliche, auf christlich-nationaler Grundlage stehende, neutrale Organisation?

Der „Bergknappe“ wirft uns Feigheit vor, weil wir diese Frage nicht schon längst beantwortet haben. Der „Bergknappe“ weiß so gut wie wir, daß der Verband dieselben wirtschaftlichen Forderungen wie der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter erhebt, und diese sogar noch eher als der Gewerbeverein daran dachte. Seine „Weltanschauung“, hat der Verband in seinen Statuten festgelegt. Diese verstoßen weder gegen die christlichen Grundsätze noch übt irgend eine politische Partei ihren Einfluß auf die Statuten aus. Das Endziel des Verbandes ist, alle Forderungen der Bergarbeiter zu verwirklichen, soweit diese zum Wohle der Kameraden erfüllt werden müssen. Trifft ein solches Endziel des Verbandes mit den Endzielen der sozialdemokratischen Partei zusammen, dann hoffen wir die christlichen Arbeiter an unserer Seite zu haben: Hat die sozialdemokratische Partei noch andere Endziele, dann wird sie diese zu verwirklichen suchen mit und ohne den Bergarbeiterverband.

Zur zweiten Frage haben wir zu sagen: Die Altverbänder wollen eine einheitliche Organisation und da sie diese wollen ist es den Altverbändern gleich, was für religiöse und politische Auffassung das einzelne Mitglied hat. Darüber haben wir uns ja weiter oben ausgesprochen. Unsere Forderungen sind weder unchristlich noch antinational. Wenn die Verbandsforderungen erfüllt sind, dann hat weder das Christentum noch die Nation etwas verloren. Beide können hierdurch nur gewinnen. Das ist der wirklich neutrale Standpunkt, wie wir ihn vertreten und der jedem Bergarbeiter nur zugute kommen kann. So handeln die Grubenbesitzer, wenn sie ihre wirtschaftlichen Interessen wahren und sich in Verbänden zusammenfinden. Und nun gestatte uns der „Bergknappe“ auch einige Fragen:

1. Warum gehen die Gründer wie die Gründer der christlichen Gewerkschaften nicht her und verlangen von den Grubenbesitzern, wie von den übrigen Unternehmern, daß sie sich in christlichen Verbänden zusammenföhren sollen?

2. Warum sagt der „Bergknappe“ nicht den zentralistischen Grubenbesitzern, daß sie sich Sonderorganisationen gründen sollen, weil die Liberalen, die Freimaurer unter den Werksherrn, antichristliche Anschaungen hegen und so die Grömmigkeit der christlichen Grubenbesitzer gefährden?

3. Warum hat man christlicherseits nicht schon längst mit der Zersplitterung der Unternehmer eingefecht?

Aho, lieber „Bergknappe“, wir bitten um Antwort, dann wird zwischen uns bald Klarung kommen!

18. Internationaler Bergarbeiterkongress. Eröffnungssitzung.

Montag, den 16. September.

Der 18. Internationale Bergarbeiterkongress findet statt in Salzburg, der deutsch-österreichischen Grenzstadt im uralten Salzberggebiet. Die Stadtverwaltung hat dem Kongresskomitee den schönen Saal des Kurhauses überlassen gegen die geringe Entschädigung von 10 Kronen (8,60 Mark) pro Tag. Um 10½ Uhr vormittags eröffnet Kamerad Ebert-Destreich die Versammlung und überträgt die Leitung dem Vorsitzenden des Internationalen Bergarbeiterkomites.

Kamerad Edwards - England, Mitglied des englischen Parlaments. Er begrüßt die zahlreichen erschienenen Delegierten und hebt hervor, daß noch kein Internationaler Bergarbeiterkongress so stark besucht gewesen sei, wie dieser. Aus Großbritannien, Frankreich, Österreich, Deutschland und auch aus Amerika seien Bergarbeitervertreter anwesend. Der Kongress gewinne an Bedeutung, weil die Organisationen der Bergarbeiter imposanter würden. Diesmal seien wohl über eine Million organisierter Bergleute vertreten. Redner schließt seine Rede mit der Wünsche, dieser Kongress möge gut wirken zum Wohle der Bergarbeiterchaft.

Kamerad Jarolim, Obmann der österreichischen Bergarbeiterunion, heißt die Delegierten namens der Österreicher herzlich willkommen. Er gab seiner Freunde Ausdruck, die internationale Bergarbeiterbewegung zu Ihnen. Redner weiß in kurzen Sätzen auf die Erfolge hin, welche die österreichische Bergarbeiterchaft innerhalb der letzten neun Jahre erreicht hat; dieser Zeitraum liegt zwischen der heutigen Tagung und dem ersten Kongresse in Österreich (Wien). zunächst ist es gelungen, das allgemeine Reichsstrafrecht zu erhalten. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei sitzt mit 88 Abgeordneten im Parlamente, darunter unser Kamerad Eingr. Weiter sei die damals aus 19 Organisationen bestehende österreichische Bergarbeiterchaft mit 10 000 Mitgliedern nun in eine einzige Zentralorganisation vereinigt, die 83 000 Mitglieder besitzt. Wenn auch die österreichischen Bergarbeiter dies alles aus eigener Kraft nach langem Kampfe erlangt hätten, so haben sie trotzdem sehr viel den auswärtigen Kollegen zu verdanken. Hierfür spreche er allen Helfern besonderen Dank aus.

Kamerad Sachse (Bergarbeiterverband, Deutschland) drückt seine Freude über die Erfolge der Österreicher aus, insbesondere über die erzielte Einigung der Bergarbeiterorganisationen. Hoffentlich sei das für Deutschland vorbildlich. Redner will keine lange Ansprache halten, sondern sich darauf beschränken zu konstatieren, daß die Tagesordnung des Kongresses zeige, wie viel noch für die Verbesserung der Bergarbeiterlage zu tun sei. Hierbei freitlich mitzuholen, dazu sei die organisierte Bergarbeiterchaft Deutschlands freudig bereit.

Kamerad Lamendin, Mitglied des französischen Parlaments, gibt ebenfalls seiner Freunde über den Fortschritt der österreichischen Bergarbeiterbewegung Ausdruck. Auch die französischen Bergarbeiter sind in der glücklichen Lage, Fortschritte konstatieren zu können. Mancher Vorteil wurde erreicht, jedoch zumeist nur durch den energischen Gewerkschaftskampf und die Beratung auf den Kongressen. Trotzdem ständen den französischen Bergarbeitern noch manche wirtschaftliche Kämpfe bevor, die jedoch hoffentlich zum Siege führen werden.

Kamerad Maroille, Mitglied des belgischen Parlaments, überträgt die Grüße der Bergarbeiter Belgiens. Trotz aller Hindernisse von Arbeitseinden, vor allem aber durch die klerikale Parlaments-Majorität bereitet, hätten die belgischen Arbeiter ihre wirtschaftliche Lage verbessert. Es seien sogar bergarbeiterfreundliche Gesetze ausgearbeitet worden, welche die Kammer annahm, die Regierung machte sie jedoch null und nichtig. Erst durch große Demonstrationen sei es dann gelungen, die Gesetze dem Senat zu übergeben. Dort seien sie vorläufig begraben. Die belgischen Bergarbeiter werden jedoch keine Ruhe geben, bis es endlich gelungen sein wird, diese Gesetze durchzubringen. Redner ist jedoch in der Lage, bekannt zu geben, daß in kürzester Zeit Tage kommen werden, in welchen die Frauen und Kinder nicht mehr hungern und degenerierende Arbeit verrichten werden müssen. Ebenso werden für die erwachsenen Arbeiter Verhältnisse zu erreichen sein, welche eine wesentliche Verbesserung der wirtschaftlichen Lage herbeiführen.

Kamerad Burke, Delegierter des großen amerikanischen Bergarbeiterverbands, beprah die gewaltigen Kämpfe der amerikanischen Bergleute gegen die Nischenkapitalisten. Es handele sich vor allem um ein besseres Lohnsystem und um die Anerkennung der Organisation. Diese würde sehr erschwert durch die Massenzuwanderung von Japanern und Chinesen. Doch sei es gelungen, auch diese, z. B. im State Ohio, teilweise zu organisieren. Die amerikanische Bergarbeiterorganisation beschäftigte sie jetzt mehr auch mit politischen Fragen, lache möglichst viele Arbeitervertreter in die Gesetzgebungs- und Verwaltungskörperschaften hineinzubringen. Fortschritte seien auch hierin gemacht worden. Mit den Bemühungen des Internationalen Bergarbeiterkongresses seien die amerikanischen Kameraden einverstanden.

Redakteur Preußler von der "Salzburger Wacht" begrüßt den Kongress im Auftrage der organisierten Arbeiter Salzburgs und wünscht den Beratungen besten Erfolg.

Mindestens werden die Wahlen der Kommissionen und des Präsidiums für die nächste Sitzung vorgenommen. Zu Stimmenzählein werden gewählt die Kameraden Smith-England, Bezanck-Frankreich und Hamacher (Hirsch-Dunderscher Gewerbeverein Deutschlands); zu Mandatsträgern Pohl-Destreich, Glover und Straßer-England, Cabrot-Belgien, Gildy-Amerika und Horn-Deutschland (Verband); in die Geschäftsführungscommission Fazalim-Destreich, Gilmore und Cann-England, Burke-Amerika, Sauvaur-Frankreich und Hue-Deutschland (Verband). Das Präsidium für den nächsten Tag bilden Jarolim, Onions-England und Cabrot-Belgien.

Begrüßungsschreiben und Telegramme sind eingegangen von den Bergarbeitern in Böhmen, Galizien, Steiermark und Serbien; die letzteren haben einen Bericht über die serbischen Bergarbeiterverhältnisse eingebracht. — Die Nachmittagsitzung fällt aus, weil das Geschäfts-Komitee vorerst eine Reihe von geschäftlichen Kongreßangelegenheiten zu erledigen hat.

Zweiter Tag (Vormittagsitzung).

Dienstag, den 17. September.

Kamerad Jarolim leitet die Sitzung mit einigen geschäftlichen Mitteilungen ein. Sodann wird eingetreten in die Beratung des Punktes Arbeitszeit. Hierzu liegen Anträge aus England, Belgien-Frankreich und Österreich-Landau vor, die sämtlich in der Hauptfrage die 8½ Stunden täglich als fiktive Ein- und Ausfahrt fordern und zwar das gesetzliche Verfahren. Der österreichisch-deutsche Antrag fordert außerdem vor besonders schwierigen Arbeitspunkten die 9½ Stundenarbeitszeit. Der belgische Antrag berücksichtigt sich ausschließlich nur auf die Untertagsarbeiter, was aber wohl ein Versehen ist, da schon auf den früheren Kongressen die Belgier und Franzosen die 8½ Stundenarbeitszeit für alle Bergarbeiter gefordert haben.

Kamerad Hall-England begrüßt den britischen Antrag und macht dabei interessante Ausführungen über das Studium der 8½ Stundenarbeitsvorlage im britischen Parlament. Redner bedauert, daß der britische Antrag nicht gleichzeitig mit den anderen ist, aber der Staat sei derselbe. In England sei man im Kampfe um das 8½ Stundenarbeitsgesetz dem Ziele näher gekommen als jemals. Redner kommt feststellen, daß in diesen Zeiten im englischen Parlamente eine

diese Angelegenheit betreffende Bill (Gesetz) in zweiter Lesung ohne Debatte angenommen wurde. Sie sei aber unerledigt geblieben. Nun sei die Regierung gewungen, die Vorlage aufzunehmen. Die Bill sei einem Komitee zugewiesen. Wenn vorläufig auch keine Aussicht sei, die Bill durchzubringen, so werde sie von der Regierung dem Parlamente zur Diskussion vorgelegt werden. Redner unterstellt nun die Regierungsbill eines Artikels. Im Prinzip sei sie gut, doch enthalte sie verschiedene Klauseln, welche die englischen Bergarbeiter niemals annehmen können und werden. So sollen die Grubenbesitzer das Recht haben, an 60 Tagen eines jeden Jahres für die Arbeiter Überstunden festzulegen. Das könnten die Arbeiter aber nicht annehmen, denn die Verhältnisse wären dann schlimmer als die bestehenden. Ebenso wenig können man die Klauseln annehmen, nach welcher im Kriegsfall oder anderen Ausnahmefällen die Arbeiter zur ununterbrochenen Arbeit gezwungen werden könnten. Er ist überzeugt, daß die Idee des Neunstundentages in England siegen werde.

Kamerad Whittlesey unterstützt den Redner. Die Klausel in der Regierungsvorlage betreffend die Arbeitszeitverkürzung im Kriegsfall sei unannehmbar. Durch die Verweigerung der Arbeit im Kriegsfall würde dieser vereitelt werden. Wenn die Regierung für ihre Interessen einen Krieg führen will, soll sie es tun. Die Arbeiter sind nicht dazu da, um für fremde Interessen ihr Blut zu vergießen.

Kamerad Gabrot-Belgien begrüßt die Österreicher, daß sie weitgehend schon ein Neunstundentagsgesetz haben. In Belgien stehen die Dinge sehr schlimm. Dort wird noch 11, ja sogar 12 und 18 Stunden in Bergwerken unterirdisch gearbeitet. Seit 18 Jahren kämpfen die belgischen Kameraden um kürzere Arbeitszeit, doch hätten die klerikale Regierung und die Grubenbarone die Bestrebungen stets zu Falle gebracht. Nun hätte sich aber die öffentliche Meinung für die Bergarbeiter eingefestigt. Es wurde eine Enquête (Untersuchung) abgehalten, welche diesmal gegen den sonstigen Ausgang von Enquêtes für die Bergarbeiter einen besseren Erfolg hatte als der ganze zwanzigjährige Kampf. Die belgische Kammer wird die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit auf ihre Tagesordnung legen. Eine Verkürzung ist zu erwarten.

Kamerad Gontaut-Frankreich schlägt die Verhältnisse in seiner Heimat. Wohl bestände ein Gesetz, das jetzt die Schichtzeit vor allem der Hauer und Schlepper auf 8½ Stunden beschränkt. Doch stände diese Vorschrift umso mehr auf Papier, je schwächer die Organisation sei. Die Grubenbesitzer behaupteten, die Konkurrenz des Auslandes gestatte keine Schichtverkürzung. Über das französische Parlament werde sich auf Antrag der Sozialisten mit einem Achtkundenschichtgesetz für alle Bergleute beschäftigen müssen und die Bergarbeiterorganisation werde nachhelfen. Der jetzige Zustand sei unhaltbar.

Kamerad Wendt-Deutschland (Verband) gibt Aufklärung über die Lage in Deutschland. Hier bestehe noch kein Gesetz, das allgemein die Schichtzeit im Bergbau regelt. Der Reichstag habe leider noch kein Reichsberggesetz beschlossen, obgleich die sozialistische Fraktion es seit über einem Jahrzehnt beantragt. immer noch sind die Bergleute der Landesgesetzgebung ausgeliefert. Die Regierung habe zwar 1905 den streitenden Bergleuten besseren gesetzlichen Schutz versprochen, aber ihr Wort nicht gehalten. Der preußische Landtag habe ein verhängtes Gesetz geschaffen. Dem stimmte die Zentrumspartei zu, obgleich sie vorher anders versprochen. In Schlesien arbeite die Mehrheit der Bergleute immer noch zehn bis zwölf Stunden unterirdisch. In Westdeutschland folsten nach der Regierungsvorlage zwar acht-, bis neunstündige Schichten vorherrschend, aber tatsächlich sei die Arbeitszeit länger und eine Unmenge Überstunden sind üblich. Die Bergleute verfahren jährlich durchschnittlich über 900 Schichten sogar mehr als 40 Schichten sind monatlich zu verzeichnen. Im mitteldeutschen Braunkohlenbezirk hat der Bergarbeiterverband vorjährig durch einen Streit eine tägliche Schichtverkürzung von 1-8 Stunden ergangen. Zum Schutz der Bergarbeitergesundheit sei unbedingt eine rechtsgerichtliche Regelung der Schichtzeit nötig, wie unser Antrag vorschlägt.

Kamerad Ebert-Destreich berichtet über den Stand der Schichtzeitfrage in Österreich. Über ein Drittel der Bergleute ist von dem Neunstundenschichtgesetz nicht betroffen. In Österreich bestehen nämlich zwei Gesetze für die Arbeitszeit, das erste ist 24 Jahre alt und bestimmt die zwölfstündige Arbeitszeit, das zweite stammt aus dem Jahre 1901 und sieht für die Arbeiter in Kohlengruben die neunstündige Arbeitszeit fest; für die ober Tage Arbeiter gilt dieses Gesetz nicht, ebenso für die Arbeiter in Erzgruben. Acht Stunden arbeiten 22 850 Arbeiter, acht bis neun Stunden 69 987 und zehn bis elf Stunden 14 647 Arbeiter. Redner verlangt eine präzise Bestimmung der Arbeitszeit in den Gesetzen, damit für alle Arbeiter der gleiche Arbeitstag gelte.

Bei der nun folgenden Abstimmung werden die Anträge der Engländer, Österreicher und Deutschen einstimmig angenommen.

Kamerad Essert erklärt, er und seine beiden Kollegen vom "christlichen Gewerbeverein" könnten nicht für den belgisch-französischen Antrag stimmen, weil er nur die Untertagsarbeiter betreffe und dann ginge der Antrag zu weit, weil er auch in Schlagwettergruben eine kürzere als Achtstundenschicht wolle. Dagegen würden die Gewerbevereinsdelegierten den Anträgen der Engländer, Österreicher und dem des Verbandes der Bergarbeiter stimmen. (Wie wir schon sagten, beruht die unscharfe Fassung des belgisch-französischen Antrages betr. die Gruppe der zu schützenden Arbeiter zweifellos auf einem Versehen.)

Nachmittagsitzung.

Die Präsenzliste.

Um 2 Uhr nachmittags werden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Zunächst gelangt die Präsenzliste der Engländer und Amerikaner zur Verleierung. Es sind im ganzen 58 Engländer und 2 Amerikaner erschienen. Auf die englischen Distrikte verteilt sich die Zahl in folgender Weise: Nottingham weist 24 000 organisierte Arbeiter von 31 000 Arbeitenden aus. Yorkshire 75 000 organisierte, 100 000 arbeitende, Derbyshire 21 000 organisierte, 33 000 arbeitende, Lancashire 6000 organisierte, 7500 arbeitende, Leicestershire 6000 organisierte, 7500 arbeitende, Süd-Wales 117 000 organisierte, 152 000 arbeitende, Bristol 2000 organisierte, 2007 arbeitende, Mittelengland 3000 organisierte, 4500 arbeitende, Schottland 60 000 organisierte, 95 000 arbeitende, Cleveland 7600 organisierte, 9800 arbeitende, Süd-Derby 7600 organisierte, 8600 arbeitende, Durham 9500 organisierte, 13 000 arbeitende, Northumberland 26 000 organisierte, 44 000 arbeitende, Nord-Wales 10 000 organisierte, 12 800 arbeitende, Vereinigte Staaten 375 000 organisierte, 525 000 arbeitende Bergarbeiter. Die Gesamtziffer weist 916 048 organisierte Arbeiter aus, 1 263 900 arbeiten in Bergwerken.

Die deutschen Arbeiter sind in vier Gruppen vertreten, die 217 817 Arbeiter mit 689 428 Beschäftigten ausweisen. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands ist mit 11 Delegierten und 116 247 organisierten, der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter mit 3 Delegierten und 77 000 organisierten, die polnische Berufsbereinigung mit 2 Delegierten und 28 000 organisierten, der Gewerbeverein deutscher Bergarbeiter Hirsch-Dunderscher Richtung mit 1 Delegierten und 2570 organisierten Arbeitern vertreten.

Die Österreicher sind durch 19 Delegierte vertreten, 33 000 Arbeiter sind organisiert, 136 652 arbeiten.

Die Belgier sind durch 10 Delegierte vertreten, 65 000 Arbeiter sind organisiert, 139 000 arbeiten.

Die Franzosen sind durch 6 Delegierte, darunter zwei Abgeordnete vertreten; 30 000 sind organisiert, 182 000 arbeiten. Seit Gründung des Streifbands ist die Zahl der Organisierten im stetigen Steigen begriffen.

Die ganze Sitzung wurde ausgefüllt mit der Debatte über folgende, von der Geschäftskommission auf Antrag der österreichischen Delegation vorgelegte Resolution:

"In Anbetracht daß der Generalsekretär im Auftrag des internationalen Komites verschiedene Sonderorganisationen in Deutschland und Ungarn eingeladen hat, diesen Kongress zu besuchen und in Anbetracht, daß der internationale Kongress auch geschaffen wurde, um in jedem Lande die Bergarbeiterorganisation zu stärken und so den Bergarbeiter die möglichst größten Vorteile zu sichern, beauftragt hierdurch diesen Kongress, das internationale Komitee, in Zukunft keine Organisation anzuerkennen, welche eine Sonderorganisation ist und in irgendeiner Weise dem allgemeinen Weltverband entgegensteht; und weiter empfehlen wir allen Organisationen, sich wie in Großbritannien zu einem Verband zusammenzuschließen und auf zukünftigen internationalen Kongressen eine einheitliche Vertretung zu schaffen."

Kamerad Gillmor-England begründet diese Resolution, indem er sich scharf gegen die Konkurrenzorganisationen wendet. In Großbritannien sei es einfach unmöglich, daß zwei oder gar noch mehr Bergarbeiterorganisationen in einem Kreis bestehen könnten, durch die gegenseitige Belästigung schwächen sich die Arbeiter sehr empfindlich. Der Internationale Kongress könne nur mit einheitlichen Vertretungen rechnen und müsse den Stammbanden in Österreich und Deutschland den dringenden Rat geben, sich eine einheitliche Organisation zu schaffen.

Kamerad Brda-Destreich unterstützt den Redner. Die österreichische Delegation sei gegen die Zulassung von Sonderorganisationen nach der Art des "christlichen Gewerbevereins" in Deutschland. In London seien sie zugelassen worden, auch auf diesem Kongress sei eine "christliche Delegation" erschienen, außerdem noch zwei andere separate Organisationen aus Deutschland. Den Österreichern gehe die Resolution nicht weit genug. Wenn die Bergarbeiterplattierung anerkannt würde, dann könnten nächstens aus Österreich auch die anarchistischen, "frei-sozialistischen" und christlich-sozialen Vereinigungen, die in Österreich lediglich die Unternehmerge schaften besorgten und wollten, vom Kongress anerkannt werden. Nur mit Vorbehalt würden die Österreicher evtl. für die Resolution stimmen. Aber auf dem nächsten Kongress würden sie unter keinen Umständen für Zulassung der Sonderorganisationen stimmen.

Kamerad Effert-Essen (Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands): Die dem Kongress vorgelegte Resolution gipfelt darin, daß, falls bis zum nächsten Jahre nicht eine Vereinigung der deutschen Organisationen stattgefunden hätte, die übrigen Organisationen, also beispielsweise die unige, die polnische Berufsbereinigung und der Gewerbeverein Hirsch-Dunder nicht mehr zugelassen werden sollen. Die Tragweite dieser Resolution — ich darf ich wohl ruhig behaupten — ist derart, daß sie der Arbeit, der gewerkschaftlichen Arbeit der vereinigten internationalen Bergarbeiter sicher nicht zum Nutzen gereichen wird. Ferner möchte ich von vornherein betonen, daß wir nicht bitten unter allen Umständen zugelassen zu werden. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir das Streitrecht voll für uns ausnutzen. Das haben wir bewiesen im vorherigen Jahr, wo wir 180 000 Mark verstreikt haben. Wie die Verhältnisse nun einmal in Deutschland liegen, ist augenblicklich an eine Verkürzung im nächsten Jahre nicht zu denken. Das erkläre ich öffentlich, damit Sie wissen, daß, wenn die Resolution angenommen wird, Sie damit über 100 000 Organisierte ausschlagen; denn nach der von dem Delegierten Horn gegebenen Statistik haben die drei Verbände über 100 000 organisierte Arbeiter. Wenn Sie die ausschlagen wollen, dann zeigen Sie damit, daß nicht die gewerkschaftliche Vertretung in erster Linie Ihr Zweck ist, sondern daß andere Gründe mitspielen. Es handelt sich um ehrliche Gewerkschafter, die das Streitrecht ausüben, die in wirtschaftlichen Fragen mit den anderen deutschen Organisationen gemeinsam auf demselben Boden stehen, noch mehr als die Arbeiter von Großbritannien und Irland. Wir gehen einig in der Frage des Achtstundentages, in der Frage der Versicherungsgesetze und in der Frage der Frauenarbeit. Nie hat darüber ein Streit bestanden und es wird darüber auch nie ein Streit entstehen. Das ist der beste Beweis dafür, daß wir wirtschaftlich zusammenarbeiten wollen, ja sogar zusammenarbeiten müssen. Wollen Sie uns nun zurückführen, dann liegt es an Ihnen; es wird den Kampf nicht vermindern, sondern ihn verstetzen. — Andererseits geben Sie der Welt das Schauspiel, daß Sie ehrliche Gewerkschafter zurückstoßen und sie nicht mit zur gemeinsamen Arbeit heranziehen wollen. Ich erkläre also öffentlich: unter diesen Umständen kommen wir zunächst von selbst nicht wieder und wir sind es unserer Ehre schuldig, daß wir heute schon den Kongress verlassen.

Kamerad Sosinski-Böchum (polnische Berufsbereinigung): Ich freue mich, an dem Kongress teilnehmen zu können. Die Resolution tut den Polen und Slaven großes Unrecht. Die preußische Regierung verfolgt seit Jahren eine Politik, die dahin geht, die Polen auszutreiben und sie aus ihrem angestammten Lande zu vertreiben. Die große Masse der Polen wandert aus in deutsche Gegenden und sucht Arbeit in den Bergwerken, während in ihrem Lande künstlich germanisiert wird. Solange die preußische Regierung so vorgeht, muß man begreifen, daß jeder Pole sich dagegen wehrt. Die Polen sahen die Streitigkeiten zwischen den deutschen Organisationen und aus diesem doppelten Gesichtspunkte haben sie dann einen eigenen Verband geschaffen. Der Redner bittet zum Schlus, die Resolution nicht auf die Polen anzuwenden, weil ihnen dadurch die weitere Teilnahme an dem Kongress unmöglich gemacht würde. Man möge deshalb die Resolution ablehnen.

Kamerad Sachse (Vorsitzender des alten Bergarbeiterverbandes Deutschlands): Wir sind in Differenzen geraten mit unseren österreichischen Kameraden über die Zulassung der Organisationen. Sie haben uns schon Vorwürfe gemacht über unsere Haltung auf dem Londen Kongress; sie hatten erwartet, daß wir im vorherigen Jahr gegen die Zulassung der Christlichen gestimmt hätten. Wir haben damals keinen Widerspruch erhoben, sondern die Erklärung abgegeben, daß, wenn sich die christliche Organisation solidarisch zeigt, wir gegen ihre Zulassung ausfernherin nichts einzubringen haben. Dieselbe Erklärung haben wir auch heute den Österreichern mitgeteilt; sie haben sich damit nicht befremden können, und das hat zu dem Antrage an die Geschäftskommission geführt. Die Gründe der österreichischen Kameraden sind hauptsächlich die, daß in Österreich eine anarchistische oder frei-sozialistische Richtung besteht, daneben noch eine christlich-soziale Gruppe. Wenn wir also an unserem Verhalten weiter festhalten würden, dann würde die Stabilität eintreten, daß diese Richtung, die den Untergang der österreichischen Organisation herbeiführen will, auferhort werden müsste. Wir sind gesagt worden, wie wir denn zusammengehen könnten auf dem internationalen Kongress mit Organisationen, die eigentlich unsere Konkurrenz seien und die es in Deutschland nicht anders machen, wie die Sonderorganisationen in Österreich. Wir müssen allerdings zugeben, daß uns natürlichlich die christliche Organisation die größten Schwierigkeiten bereitet, indem sie in denselben Redieren, in denen wir zuerst organisiert waren, uns starke Konkurrenz machen, indem sie uns bekämpfen und die Kräfte der Arbeiter aufsplitten. Das ist die Wahrheit und das müssen auch die Christlichen als richtig anerkennen. Ferner müssen wir zugeben, daß zwischen uns immerfort ein scharfer Kampf besteht. Es handelt sich dabei nicht nur um die gegenseitigen Vorwürfe in den Blättern; nein, wir müssen sagen, daß wir oft in recht ungörner und unmehriger Weise bekämpft werden. Wir werden immerwährend verfeindet in der Art, daß man uns nachagt, wenn nehmen es nicht ernst mit den Arbeiterinteressen. Andererseits hat

die Organisation, und zwar noch in allerletzter Zeit, unsere Mitgliederzahl in unwahrer Weise herabzusehen versucht. In einem Flugblatt wurde behauptet, wir hätten 60 000 Mitglieder verloren. Wir haben dies richtiggestellt; doch immerwährend wurde damit agitiert, jetzt wieder im Essener Bezirk in einem Beitungsschreit, der im Abzug allen Wahlstellen der christlichen Organisationen ausgeschickt worden ist, daß wir im ganzen Essener Bezirk kaum dreitausend Mitglieder hätten — eine Behauptung, die nicht der Wahrheit entspricht. So wird den Arbeitgebern unsere Organisation stets schwächer hingestellt, als sie in Wirklichkeit ist. Diese Stärke muss hier gehandelt werden. — Trotzdem hätten wir den Antrag nicht gestellt, der von den Destrreichen ausgegangen ist. Wir haben zusammen gekämpft und trotz aller Konkurrenz uns mit diesen traurigen Tatsachen abgefunden. Aber nach Überlegung alter Gründe, wie sie in der Geschäftskommission erörtert worden sind, müssen auch wir sagen, daß auf die Dauer derartige Konkurrenzorganisationen die Grundlage der internationales Kongresse nicht erschüttern können. Diese Grundlage ist gelegt worden von unseren englischen Brüdern; sie ist auf dem Festlande sofort von uns akzeptiert worden, und Sie wissen, daß diese Grundlage eine freiherrliche, an keine Partei gebundene ist. Aber von der anderen Seite werden wir als Parteimenschen hingestellt und der Kampf in die gewerkschaftlichen Organisationen nur aus Parteinteresse hineingetragen. Ich will lobend herheben, daß uns die Hirsch-Dunkerchen am allerwenigsten Schmerzen machen und uns stets in einständiger Weise entgegenkommen sind. Im übrigen steht in der Resolution nichts von einer Verschmelzung, sondern es ist da nach meiner Erinnerung nur von einer Vereinigung die Rede. Wie diese Zustände kommen soll, das ist Sache der Organisationen. Es wird also nicht verlangt, was Kamerad Eßert bestreitet. Sosinski hat ausgeführt, daß die slavischen Völker unterdrückt würden. Es handelt sich aber doch nur darum, daß in einem Lande die Konkurrenzorganisationen für später als schädlich erklärt werden. Der polnische Kamerad hat mit Recht gesagt, daß die preußische Regierung die Polen mit allen Mitteln unterdrücken will. Sosinski wird zugeben müssen, daß wir gewerkschaftlich und von unserem politischen Standpunkt den Polen stets Recht gegeben haben. Ich kann mir kein schändlicheres Urteil denken, als wenn man die Mutter sprache eines Volkes unterdrücken will. Wir geben seit Jahren eine polnische Verbandszeitung heraus. Unser Statut ist polnisch gedruckt. Wir haben polnische Agitatoren. Die polnischen Vertreter würden also nicht verschwinden; wir würden vielmehr zu dem Verhältnis kommen, wie es in der österreichischen Bergarbeiterunion sich unbestritten darstellt. Dort sind auch verschiedene Organisationen nebeneinander vertreten. Es soll also nur eine Einigung stattfinden. Ich betone nochmals: Wir verwirren die konservative Politik, gleichviel woher sie kommt. Aber wir können trotzdem in unseren Organisationen zusammengehen. Zum Schluss erklärt Sachse, daß seine Gruppe für die Resolution stimmen werde.

Kamerad Hammacher-Oberhausen (Gewerkschaft Deutscher Bergarbeiter Hirsch-Dunker): Ich will nur eine kurze Erklärung abgeben: Ich kann mich nur den Ausführungen Eßerts anschließen, daß wir durch die Resolution die Dinge in Deutschland, wie sie nun einmal liegen, nicht bessern. Wir kommen uns dadurch nicht näher. Es muß das auf ganz andere Art und Weise geschehen, die sich zu Hause abspielen muß, nicht auf dem Kongress. Ich wundere mich dann aber, daß wir überhaupt Einladungen erhalten haben, wenn man beabsichtigte, uns heute auszuschließen. Wir waren in der glücklichen Lage, zu Hause schon zu wissen, daß diese Frage hier auf dem Kongress ihre Erledigung finden sollte. Von meinem Vorstand, der sich schon mit der Sache beschäftigt hat, habe ich den Auftrag, den Kongress noch heute zu verlassen, wenn ein solcher Beschluss angenommen wird.

Ein belgischer Redakteur (Leblanche) hält eine längere Ansprache, in der er den Grundsatz aufstellt, daß ein Christ kein Arbeiterfeind und kein Klassenkämpfer sein Löhne. (Rufe bei den Altvverbänden: Unsum! Die Franzosen rufen den Redakteur zur Sache).

Kamerad Hue: „Ich habe mit meinen Kollegen vom Bergarbeiterverband noch nicht über die Angelegenheit sprechen können, kann daher nur vorläufig in meinem Namen erklären: Mit dem, was Leblanche gesagt hat, bin ich nicht einverstanden. Nach meiner Überzeugung sind sich Christentum und Sozialismus nicht zuwidern.“

Kamerad Gilmor wollte die Resolution an die Geschäftskommission zurückweisen, um sie unzweideutig zu fassen. Belgier und Franzosen verlangen sofort Abstimmung. Schließlich wurde auf Antrag des Kameraden Sachse beschlossen, die Resolution dem Internationalen Komitee zur Verücksichtigung für den nächsten Kongress zu übergeben. Gemäß der erfolgten Absprache wird das internationale Komitee die Einladungen zu dem nächsten Kongress zu bewerkstelligen haben.

Nach dem Bericht der Mandatprüfungskommission und vertreten Großbritanniens durch 60 Delegierte für 916 048 organisierte Bergleute, Nordamerika durch zwei Delegierte für 375 000 Organisierte, Österreich durch 19 Delegierte für 33 000 Organisierte, Frankreich durch sechs Delegierte für 30 000 Organisierte, Belgien durch zehn Delegierte für 65 000 Organisierte, der Verband der Bergarbeiter Deutschlands durch 13 Delegierte, für 110 247 Organisierte, der Gewerbeverein „christlicher Bergleute“ durch drei Delegierte für 77 000 Organisierte, die polnische Berufsvereinigung durch zwei Delegierte für 28 000 Organisierte, der Gewerbeverein Hirsch-Dunker durch einen Delegierten für 2570 Organisierte. (Die Zahlen betreffen den Mitgliederstand am Jahresende 1906.)

Zum Präsidenten für die nächste Sitzung wird gewählt Burke-Auersta, dem Gingr-Destreich und Goncourt-Franzreich als Beisitzer zugestellt werden. (Schluß folgt.)

Der Bergarbeiterstreit in der Niederrheinisch.

Der Bergarbeiterstreit in der Niederrheinisch ist perfekt geworden. Es ist der erste größere Ausstand, dem eine Kündigung vorausging, somit fällt für die Arbeiter, die kündigten, der Vorwurf des Kontraktbruchs. Freilich haben sich diesem andern Kameraden angegeschlossen, ohne die Kündigung einzureichen, was sich nach Lage der Sache auch nicht vermeiden läßt. Zunächst wollen wir feststellen, daß sich der Streit auf die Gruben um Senftenberg herum erstreckt. Über seinen Verlauf berichten wir an anderer Stelle. Wir geben hier zunächst den Auslassungen des „Berliner Tageblatt“ über die Lohnbewegung Raum und stellen fest, daß das Blatt nach vielen Seiten hin die Situation richtig beurteilt. Es schreibt u. a.:

„Schon vor Jahren wurde ziemlich deutlich für die Arbeitgeber daraus hingewiesen, daß die Arbeitsverhältnisse im Braunkohlenbergbau der Niederrheinisch sehr viel zu mühsam und übriglich seien. Es war eine durchaus falsche Politik, die Dinge ihren Gang gehen zu lassen, ohne daran zu denken, daß angesichts der niedrigen Löhne über kurz oder lang ein erster Konflikt unabdingbar sein müsse. Das niedrige Lohnniveau hatte allerdings zur Folge, daß in keinem einzigen Braunkohlenrevier Deutschlands die Gesteinsförderung so still standen, wie im Braunkohlenbergbau der Provinz Brandenburg. Aus dieser Feststellung allein ergab sich schon die Notwendigkeit, der Bewegung der Löhne größere Achtung zu schenken, als dies durch die Werksverwaltungen geschehen ist. Wenn darauf hingewiesen wird, daß in den letzten Jahren die Löhne um 18 Prozent gestiegen seien, so hilft dies nicht darüber hinweg, daß im Vergleich zu den Löhnen in anderen Gebieten des Braunkohlenbergbaus die Löhne in der Provinz Brandenburg und hier wieder im Niederrheinischen Revier sich viel zu niedrig standen und stehen. Die Werksverwaltungen haben nur eine Entschuldigung für ihr geringes Interesse, das sie der Besserung der Arbeitsverhältnisse schenken, nämlich den Hinweis auf die eigenartige Verfassung des Arbeitsmarktes in ihrem Bezirk. Die Bergarbeiter blieben nie sehr lange auf ihren

Werkstellen, sondern wanderten im Hinblick auf die niedrigen Löhne sehr bald westwärts ab. Die Folge war aber nicht etwa Arbeitsmangel auf den Gruben, sondern ein außerst starker Zuzug überaus unpräziser und billiger Arbeitskräfte aus dem Osten, aber auch aus Brandenburg selbst. Aus dem landwirtschaftlichen Teil der Mark, Schleifens und Borsens kamen hausweise die Arbeiter, um Gruben- oder Fabrikarbeit zu verrichten. Daneben werden aber auch Polen in großer Zahl angemietet, so daß vor einigen Jahren die Polen in einer Menge von Werkstätten das deutsche Element zurückgedrängt hatten. Auf dieser eigenartigen Gestaltung des Arbeitangebotes beruhte die Möglichkeit, das Lohnniveau fortgesetzt so niedrig wie möglich zu halten, bis jetzt unter der Arbeitskraft das Maß der Lohnzufriedenheit übergelaufen ist. Sie haben den Werken ihre Bedingungen eingesetzt, aber noch nicht einmal eine Antwort erhalten. Vermöglich rechnen die Werksverwaltungen damit, daß bei der besonderen Zusammensetzung der Arbeitskraft ein geschlossenes Vorgehen der Arbeitgeber nicht zu erzielen sei, das außerdem dem Zugang fremder Arbeitskräfte steckt.

Eine Antwort ist inzwischen erfolgt, d. h. die Werksbesitzer lehnen die Forderungen ab und lassen sich auf Verhandlungen mit den Organisationen nicht ein. Das ist aber nicht tragisch zu nehmen, da es vom Umfang und schließlich von der Dauer des Streiks abhängt, ob sich die Herren nachgiebig zeigen oder nicht. Was das Berliner Blatt zu sagen weiß, von den traurigen Arbeitsverhältnissen im niederländischen Braunkohlengebiet unterschreiten wir Wort für Wort. Man braucht nur die Forderungen der Bergarbeiter einer Prüfung unterzuhören, um gleich zu erkennen, wie eindrücklich es mit der Lage der dortigen Bergarbeiter bestellt sein muß. Die Forderungen lauten:

1. a) Einführung der neunstündigen Arbeitszeit inklusive einer halbstündigen Pause. Als Einführungszeit ist der 1. Oktober d. J. festgelegt.
- b) Für alle Fabrikarbeiter ist bei einer zwölfstündigen Schichtzeit eine zweistündige Pause einzuführen.
- c) Überstunden und -Stunden sind zu vermeiden und nur bei Gefahr für das Leben der Arbeiter, oder zur Sicherung des Betriebes zulässig.
2. a) Für sämtliche Arbeiter, welche auf dem Werke beschäftigt sind, eine Lohnzulage von 15 Prozent. Der Lohn für Männer soll nicht unter 4,50 Mt., für Schlepper nicht unter 4,20 Mt., für volljährige Fabrikarbeiter nicht unter 3,50 Mt., für jugendliche Arbeiter im Alter von 18 bis 21 Jahren nicht unter 3,25 Mt. und für jugendliche Arbeiter von 16 bis 18 Jahren nicht unter 3,00 Mt. betragen.
- b) Bezahlung aller Nebenarbeiten, als Schienen- und Plattenleger, Holzfäller usw.
- c) Bei Betriebsstillständen, welche länger als eine halbe Stunde dauern, sollen die Arbeiter mit anderer Arbeit beschäftigt werden und die Zeit nach dem bestehenden Schichtlohn bezahlt erhalten.
- d) Abschaffung aller Prämienbedingungen.
- e) Einführung der täglichen Lohnzahlung auf den Werken, wo dieselbe noch nicht besteht. Der Lohn soll am Freitag jeder Woche ausbezahlt werden.
- f) Die Arbeitsordnung ist den Forderungen entsprechend abzuändern.
3. Aufhebung der Sperrre.
4. Holz ist in genügender Menge und zugeschichtet an die Endstationen der Grube zu liefern.
5. Für gutes, frisches Trinkwasser haben die Verwaltungen in den Gruben und Fabriken zu sorgen.
6. Ausreichende Badeanstalten und Umkleideräume sind einzuführen. Wo der Tagebau weiter als zehn Minuten von der Fabrik entfernt liegt, sind auch dort Badeanstalten zu errichten.
7. Bessere Transportmittel für Verletzte und Kranke sind anzuschaffen.
8. Humanen Behandlung der Arbeiter durch die Beamten.
9. Vollständige Bewegungsfreiheit für alle Arbeiter, welche in Werkshäusern und Kasernen wohnen.
10. Aufgabe dieser Lohnbewegung dürfen keine Maßregelungen erfolgen.

Aus Obigem geht hervor, daß die Forderungen sehr mäßig sind und angehts der anerkannten guten Konjunktur bei nur einigermaßen gutem Willen erfüllt werden können.

Wir verstehen nicht, warum sich die Grubenbesitzer in Brandenburg der Forderung des Neunstundentages für die Bergarbeiter verschließen. In einer ganzen Anzahl von deutschen Braunkohlenrevieren ist der Neunstundentag gang und gäbe und die Grubenbesitzer haben schwerlich Schaden davon gehabt. Auf vielen Werken ist man zur Achtstundenschicht übergegangen, obwohl die Kohlenförderung technisch sicher auch hinter der in der Niederrheinisch zurücksteht. Und wir sind gewiß, die Grubenbesitzer der Reviere mit kürzerer Arbeitszeit wünschen sicherlich die gleiche Zeitsetzung der Arbeitszeit für Brandenburg, denn so lange wie man hier noch zehn, elf und zwölf Stunden arbeitet, wird der schlimmste Schmutzkampf nur Vorschub geleistet. Das hat der alte und bekannte Bergrat Schröder, Direktor der Niederrheinischen Montanwerke, schon vor mehreren Jahren auf einer Bergarbeiterkonferenz in Halle a. d. S. festgestellt und begründet. Die Arbeitszeit ist im Niederrheinisch recht lieb stehen und einer Aufbesserung recht nötig bedürfen. Wie gesagt, das sind die Löhne der eigentlichen Bergarbeiter. Schlimmer steht es mit den Arbeitern in den Aufbereitungs- und Nebenbetrieben. Hier wie in der Grube handelt es sich meist um verheiratete oder sonstige erwachsene Bergleute. Aber nur wenige von ihnen hatten das Glück, einen halbwegs anständigen Lohn zu verdienen, die übergroße Mehrzahl der Bergarbeiter muß täglich entbehren, wenn sie mit dem verdienten Gelde den Monat hindurch auskommen will. Der jetzt geforderte Lohn ist also das Mindeste, was dem Arbeiter gegeben werden muß, will man ihn nicht zum ständigen Hungerleben verdammen. Freilich halten die Werksherren die Lohnforderung ebenso unberechtigt, als die Forderung des Neunstundentages, wie sie überhaupt jede Forderung der Arbeiter für undiskutabel hält. Hauptfache ist, wenn sich der breite Goldstrom in ihre Geldschärfe ergiebt, die Arbeiter mögen sehen, wie sie sich durchschlagen. Nun, wir werden es ja erleben, ob die Werksherren sich auf die Dauer so „zugeknüpft“ halten können. Das eine ist sicher: Ob die Lausitzer Grubenbesitzer wollen oder nicht, so lange sie nicht daran gehen, die Lage ihrer Arbeiter halbwegs zu heben, die Missstände auf den Gruben — auf die wir hier nicht eingehen wollen — zu beenden, so lange wird es keine Ruhe mehr in der Niederrheinisch geben.

Streiks hat es nicht bisher gegeben. Der jetzige Streik hat eben seine Vorgeschichte.

Wir haben in vorheriger Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ gelogen können, wie sich die Produktion im Senftenberger Becken in den letzten Jahren gestaltet. Die Gesamtproduktion ist für die Werksbesitzer eine glänzende. So schafften im Jahre 1906 im Senftenberger Becken 10 688 Arbeiter nicht weniger als 171 908 019 Hektoliter Braunkohle und 3 798 945 Tonnen Bitumen. Für das Hektoliter Siebkhole müssen 25 Pf. und mehr gezahlt werden; für Förder- wie Anropelkhole 20 Pf. und mehr. Die Staunkohle, für die etwa 10 Pf. für das Hektoliter gezahlt werden müssen, wird meist zur Herstellung der Brülets gebraucht. Die Brülets werden pro Tonne für 8—10 Mark abgesetzt. Nur ein Drittel der Werksbesitzer ist unterirdisch beschäftigt, und hier liegt auch der Schwerpunkt des Streiks. Wenn von diesen Arbeitern der größte Teil die Arbeit niedergelegt, dann tritt, wie voriges Jahr in Mitteldeutschland, die Kohlenknappheit ein, die auf die Dauer unerträglich wird. Die Arbeiter über Tage sind zunehmend für den unterirdischen Betrieb zu gebrauchen, aber es wird auch den Werksbesitzern schwer fallen, die Liegertagsarbeiter zur eigentlichen Bergarbeit heranzuholen oder sie dazu zu zwingen.

Interessanter sind hier die Verdienste, wie sie das Oberbergamt Halle in einem kürzlich erschienenen Werk: Die Belegschaft der Bergwerke und Salinen im Oberbergamtshof Halle und auch für das Senftenberger Becken festgestellt. In Frage kommen für das Streitgebiet die Kreise Altenau und Luckau. Wir geben hier die Löhne für die eigentlichen Bergarbeiter wieder. Der Lohn ist als Bruttolohn nach Abzug der Beträge für Sprungmaterialien und Gegäte zu verstehen. Ferner ist die durchschnittlich für eine Schicht verdiente Lohnsumme in der Weise ermittelt worden, daß der im Monat Oktober 1905 von jedem Bergmann verdiente Lohnbetrag durch die Anzahl der von ihm verfaßten Schichten dividiert worden ist. Etwaige Überstunden und Nebenschichten sind angerechnet, nachdem ihre Dauer auf die regelmäßige Schichtzeit umgerechnet worden ist. Die Berechnung ist also eine solche, die die Lohnverdienste nicht ungünstig ins Licht rückt. Mögen die Löhne inzwischen etwas gestiegen sein, so ist doch festzustellen, daß die „gesteigerten“ Löhne durch die gestiegenen Lebensmittelpreise wieder absorbiert wurden. Die Lebenslage der eigentlichen Bergarbeiter auf Grund der erworbenen Löhne dürfte heute gegen den Monat Oktober 1905 nicht sehr unterschiedlich sein. Es hatten einen Verdienst von

Kreis Altenau	Kreis Luckau
1,00—1,49 Mark	1 Arbeiter
1,50—1,99 "	3 "
2,00—2,49 "	101 "
2,50—2,99 "	981 "
3,00—3,49 "	1001 "
3,50—3,99 "	940 "
4,00—4,49 "	813 "
4,50—4,99 "	378 "
5,00—5,49 "	63 "
5,50—5,99 "	11 "
6,00—6,49 "	3 "

Mit dieser Tabelle dürfte wohl der Beweis erbracht sein, daß die Lohnverhältnisse in der Niederrheinisch recht lieb stehen und einer Aufbesserung recht nötig bedürfen. Wie gesagt, das sind die Löhne der eigentlichen Bergarbeiter. Schlimmer steht es mit den Arbeitern in den Aufbereitungs- und Nebenbetrieben. Hier wie in der Grube handelt es sich meist um verheiratete oder sonstige erwachsene Bergleute. Aber nur wenige von ihnen hatten das Glück, einen halbwegs anständigen Lohn zu verdienen, die übergroße Mehrzahl der Bergarbeiter muß täglich entbehren, wenn sie mit dem verdienten Gelde den Monat hindurch auskommen will. Der jetzt geforderte Lohn ist also das Mindeste, was dem Arbeiter gegeben werden muß, will man ihn nicht zum ständigen Hungerleben verdammen. Freilich halten die Werksherren die Lohnforderung ebenso unberechtigt, als die Forderung des Neunstundentages, wie sie überhaupt jede Forderung der Arbeiter für undiskutabel hält. Hauptfache ist, wenn sich der breite Goldstrom in ihre Geldschärfe ergiebt, die Arbeiter mögen sehen, wie sie sich durchschlagen. Nun, wir werden es ja erleben, ob die Werksherren sich auf die Dauer so „zugeknüpft“ halten können. Das eine ist sicher: Ob die Lausitzer Grubenbesitzer wollen oder nicht, so lange sie nicht daran gehen, die Lage ihrer Arbeiter halbwegs zu heben, die Missstände auf den Gruben — auf die wir hier nicht eingehen wollen — zu beenden, so lange wird es keine Ruhe mehr in der Niederrheinisch geben.

Zur Lage der Bergarbeiter in der Oberpfalz und in Oberbayern.

So wenig auch das kleine Häuslein der Bergarbeiter in der Oberpfalz gegenüber den großen Industriezentren ins Gewicht fällt, hat es doch seine Geschichte. Karg war von jeher der Lohn, verhüllt durch die Wirtschaft der kleinen Plätze. Fern von der großen Welt hat bisher der größte Teil dieser Arbeiter gefordert, ohne zu wissen, daß tausende ihrergleichen in allen deutschen Gauen in gleich hartem Brot stehen. Schon der Charakter der Gegend trägt ein rauhes, hartes Gepräge, und den gleichen Charakter hat der Unternehmer, der die vom Staat halb geschenkten und oft gering noch subventionierten Gruben ausbeutet. Daß unter diesen Umständen die Lohnverhältnisse sehr im argen liegen, braucht nicht zu verwundern, das mich sogar die Behörde zugeben, aber keiner fand sich bisher, den Arbeitern aus ihrer fast trostlosen Lage herauszuhelfen. Auch das Bürgertum kennt die trostlose Lage der Arbeiter, wie sich aus nachstehendem ergibt: In einer mittleren Stadt der Oberpfalz mit großer Industrie, in der Nähe eines Eisenhüttenwerkes gelegen, wurde kürzlich in einer Bürgerversammlung lebhafte Klage darüber geführt, daß Arbeiter und ihre Frauen starken Holzfeuer in den Waldungen der Bürger verübten und es wurde aufgefordert, von Seiten der Behörden dagegen einzuschreiten. Ein angehender Bürger aber nahm sich bei der Gelegenheit der armen Arbeiter an, indem er ansprach: Es sei leider Tatsache, daß die Arbeiter und ihre Frauen das Holz stehlen, aber sie handeln aus Not, denn der Verdienst sei so gering, daß sie sich weder Holz noch Kohlen kaufen könnten und sie auf den Holzstahl angewiesen wären, um Kochen zu können und sich im Winter vor Kälte zu schützen; die Grubenaktionäre wären millionenreich und verdienten Millionen, trotzdem würden die Arbeiter so schlecht entlohnt, daß sie sich nicht einmal Holz und Kohlen kaufen könnten.

Das Bürgertum sieht also ein, es weiß, wie trostlos die Lage der Arbeiter ist, nichtsdestoweniger ruht man selten Finger, den Arbeitern zu helfen.

Letzte ist, daß die Herren Grubenaktionäre 25—40 Prozent Dividende heranschlagen, der Arbeiter aber, der auf diesen Gruben steht, muß zum Diener werden, weil sein Lohn nicht ausreicht, um sich vor der äußersten Not zu schützen. Das gleiche Verhältnis herrscht auch auf den Braunkohlengruben. Nur wenigen ist es möglich, einen Lohn zu verdienen, der sie vor dem Verhungern schützt. Dazu beträgt die Schichtzeit 10—12 Stunden. Wenn man die einzelnen Bergwerksorte betrachtet, tritt einem überall die große Armut entgegen, kein „Arbeiterfreund“ aber läßt es sich einfallen, gegen diese standlosen Zustände auch nur mit einem Wort zu protestieren. Frohne Leute wettern, wo sich nur irgend eine Gelegenheit bietet, gegen die „unchristlichen“ Organisationsbetreibungen der bösen „Moten“ (gemeint ist der Bergarbeiterverband) und glauben,

denn ihr Tagewerk bedient zu haben. Aber auch in diesem zufälligen Winkel bricht sich die Erkenntnis Bahn und erst hierzu haben diese bisher so zufriedenen Arbeiter ein glänzendes Zeugnis von Solidarität und braver treuer Kameradschaftlichkeit abgelegt. Der Feind geht solange zu Wasser, bis er bricht. Das hat sich auch hier gezeigt. Möglich, bevor es die Unternehmer auch nur ahnten, traten, nachdem alle Einigungsversuche an dem prophenhaften Standpunkt der Unternehmer, welche ein die Arbeiter befriedigendes Entgegenkommen ablehnten, scheiterten, die Arbeiter der Grube Auguste bei Leonberg in den Aufstand. Seine Woden haben die Arbeiter mit großer Bravour gekämpft und geborsten, mit starker Fähigkeit haben sie den Kampf, der ihnen aufgeworfenen, geführt, bis der Herrschaftspunkt und Hochmut der Unternehmer gebrochen war. Über sie haben auch nicht unisono gekämpft, denn der erzielte Erfolg ist ein zufriedenstellender für die Arbeiter.

Zt Nr. 84 unserer Zeitung haben wir bereits den zwischen der Grubenverwaltung und den Arbeitern abgeschlossenen Vertrag im Wortlaut zum Abschluss gebracht. Schon vor Jahresfrist war die ganze Belegschaft dem Bergarbeiterverband beigetreten. Das merken die Unternehmer wohl und da Ihnen zudem jedenfalls das böse Gewissen schlug, erklärten sie sich vor Ausbruch des Kampfes zu reineren Konzepten, so z. B. die Achsfundensicht und eine kleine Lohnzulage, bereit. Die Arbeiter konnten indes mit den Prothesen, die man Ihnen bot, nicht zufrieden sein, und weil ein weiteres Entgegenkommen, wie gesagt, höchst abgelehnt wurde, war der Kampf unvermeidlich, der dann auch mit einem schönen Erfolg für die Arbeiter endet.

Dieser schöne Erfolg müsste aber auch die Bergarbeiter in Oberhauen anspornen, für die Ausbreitung der Organisation einzutreten, denn auch hier liegen die Verhältnisse sehr traurig. Die Jagd nach Kohlen hat hier schon alle Grenzen derart überschritten, daß sich die Bergarbeiter unwillkürlich fragen: Wenn dieses wüste Jagen nach Kohlen schon im Sommer geschieht, wie soll es dann erst im Winter werden? Kohlen, Kohlen, Überschichten, Nebenschichten und manchmal auch Bettelschichten, denn auch solche gibt es, so heißt es jetzt nur noch, alles andere aber scheint Nebenschichten zu sein. Es gibt ja Leute, die absolut vorzeitig ins Gras beugen wollen, andere aber zwingt die Not, diesen tollen Krubbel mitzumachen. Besonders die jungen neueingestellten Arbeiter sucht man in einer Weise auszubauen, die nicht scharf genug verurteilt werden kann. So müssen diese jungen Schlepper fast jeden Tag zwölf Stunden arbeiten, und sie arbeiten nicht etwa freiwillig, sondern sie werden dazu gezwungen. Die Bergbehörde aber schaut verreist zu sein, wenigstens hört man von einem Einschreiten ihresgleichen gegen diesen unerhörten Unfug nichts. Berungslück nun infolge dieser wahnwitzigen Heze einmal so ein armer Teufel, so beteuert die Werksbesitzer in schelmischer Weise, man könne doch nichts für den Unfall. Gerät einmal einer unter herunterbrechendes Hängende, dann hat man noch den Mut zu fragen, ob der Mann vielleicht nicht freiwillig hineingelaufen ist? Aber die tödlichen Unfälle kommen auf das Konto der Zechenverwaltung, da gibt es kein Reinwaschen. Die Arbeitsleistung geht unter diesen Umständen natürlich gewaltig in die Höhe, in gleicher rascher Weise steigt die Unfall- und Krankenziffer, der Lohn aber ist sich schon seit Jahren gleich geblieben. Es ist daher auch für die oberhauerischen Bergarbeiter die höchste Zeit, daß sie sich aufraffen, denn die Grubenherren sind hier aus demselben Holze gezeichnet wie anderwärts, d. h. freiwillig geben sie nichts. Dem Bruder Bergmann bleibt nur Müh und Geschwader und bei zahllosen Überschichten, wodurch er sich frühzeitig zum Krüppel arbeitet, Not und Elend. Wenn er dann schließlich, in noch jungen Jahren, gebrochen ist an Körper und Geist, kann er zu denen, für die er gefordert und die sich vom Schweiße seiner Arbeit ungeheuere Schäfe erworben, betteln gehen, um den nagenden Hunger zu stillen. Solche Zustände können sich die Bergarbeiter doch unmöglich dauernd gefallen lassen, und darum Kameraden, verzweigt die Überschichten, schließe euch der Organisation an, damit durch die Macht der Einigkeit menschentümliche Verhältnisse geschaffen werden können.

F. St.

Knappischafliches.

Das Regierungsorgan über die neuen Knappischafssatzungen.

Wir haben schon in letzter Nummer der "Bergarbeiter-Zeitung" darauf hingewiesen, daß bei einer eventl. Ablehnung des Knappischafssentwurfs durch die Kälefesten die Bergbehörde keine Befugnisse hat, den Knappischafsmitgliedern ein Statut aufzuzwingen, das gegenüber dem jetzigen Zustand materielle Nachteile nach sich zöge. Über die Stellung wie über die Befugnisse der Bergbehörde bei einer eventl. Nichtannahme des Bochumer Knappischafssentwurfs schreibt die "Nordb. Allg. Blg." folgendes:

"In der Tagespresse wird mehrfach die schwierige Lage im Ruhrbezirk besprochen, die sich aus den Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bergwerksbesitzern und den Mitgliedern des allgemeinen Knappischafstvereins in Bochum ergeben hat. Bekanntlich sind die Verhandlungen über das Zustandekommen einer neuen Knappischafssatzung durch die Knappischafsnovelle vom 19. Juli 1906 veranlaßt, welche mit dem 1. Januar 1908 in Kraft treten wird und eine Umarbeitung sämtlicher bestehenden Knappischafssatzungen bis zu diesem Zeitpunkte erforderlich werden.

Bei der Besprechung dieser Schwierigkeiten in der Tagespresse wird die bestehende Rechtslage, insbesondere insoweit die Befugnisse der Aufsichtsbehörde in Frage kommen, mehrfach nicht zutreffend gewürdig; namentlich wird die Ausschaffung der für die Satzungänderungen zuständigen Vereinsorgane nicht zustande kommt, nach § 184 Abs. 3 a. O. ferner befugt sei, anstelle dieser Organe selbst oder durch Beauftragte die neue Satzung zu beschließen und damit insbesondere auch sämtliche zwischen den Vereinsorganen streitigen Punkte nach seinem freien Ermessen satzungsmäßig zu regeln.

Diese Ausschaffung beruht auf einer Verirrung der tatsächlichen Rechtslage. Nach dem heute noch geltenden siebten Titel des Allgemeinen Bergrechtes vom 24. Juni 1865, insbesondere dessen §§ 100 und 170, "§ 184 ist die Ausschaffung über die Knappischafssatzungen lediglich den dort aufgeführten Vereinsorganen vorbehalten und die Aufsichtsbehörden sind nur befugt, Beschlüsse der Vereinsorgane, die gesetz- und satzungswidrig sind, aufzuheben und die Bestätigung zu einer solchen Satzung zu verlangen, die den gesetzlichen Vorschriften zuwidert oder Bestimmungen enthält, welche mit dem gesetzlichen Zwecke des Knappischafstvereins nicht im Zusammenhang stehen. Eine Beschlusssatzung über den materiellen Inhalt der Satzungen, soweit sich dieser innerhalb der gesetzlichen Grenzen hält, sieht der Aufsichts-

berufung im Februar 1907 gemäß. Die Wahl aber wurde damals laut § 72 des Knappischafststatut für ungültig erklärt. Nun ist Volk doch wieder gewählt. Anders haben die knallischen Knappen auf dem Westfälischen Bergknappischafstvereine gestanden. Dort war bisher Bergarbeiter Schmelz Knappischafstvater, diesmal wurde Oberhauer Weise gewählt. Dieser wurde von seiner ursprünglichen Arbeit in die betreffende Abteilung verlegt, um die Wahl mitmachen zu können. Es ging auch von Ort zu Ort und empfahl seine eigene Person als die geeignete für den Posten eines Knappischafstvaters. Bei der Wahl wurde er von seinen Knapslingen als Vetscher vorgeschlagen und im Augenblick sprang er hinter den Wahltisch, wenn die Arbeiter wählten. Unter diesen Umständen verlornte er 94 Stimmen auf seine Person, während sein Gegner, der Vetscher und Ausschusssitzes p. Meister nur 65 Stimmen erhielt. Die Kameraden haben schon vergessen, wie sich die Herren Knappischafstväter, welche ebenso Oberhauer, Sieger usw. sind, am 27. Juli d. J. bei der Generalversammlung in Rottovia benommen haben. Über neu, vergessen haben sie es nicht, konnten es nicht vergessen, weil ihnen der "Polak" und "Gornoszak", beider Abonnenten sie sich, nichts davon berichtet hatten, sie daher auch nichts wußten. Sie wußten daher auch nichts über die Verschlechterungen im neuen Knappischafststatut, die Kornanty-Söglings, und daher wußten sie statt einen Mitarbeiter, einen Oberhauer als Knappischafstvater. Als Vom dasselb. Stoff Bier und Cognac von den Tischen bei Herrn Kentnowski. Ob der Altkohl auch bei der Individuumpension nach dem neuen Knappischafststatut für den abgerückten Bergmann steigen wird, müssen wir abwarten. Der gewöhnliche Oberhauer wird es aber vielleicht zu befürchten wissen. Das alte Sprichwort sagt: "Mit Speck fängt man Mäuse und mit Schnaps die Bergleute". Das sollten die oberhauerischen Knappen bedenken und nicht für Schnaps ihr Recht verlassen.

Sondern ist nach § 184 Abs. 3 das Oberbergamt befugt, so lange die Generalversammlung nicht zustande kommt oder ihre gesetzlichen oder satzungsgemäßen Obliegenheiten nicht erfüllt, die Befugnisse und Obliegenheiten der Generalversammlung selbst oder durch Beauftragte wahrgenommen. Diese Befugnis ist dem Oberbergamt somit nur für die Fälle gegeben, in denen eine Generalversammlung überhaupt nicht zustande kommt, oder in denen eine Generalversammlung die ihre gesetzlich obliegende Beschlusssatzung über die neue Satzung überhaupt nicht vornehmen; dagegen steht diese Befugnis dem Oberbergamt in dem Falle nicht zu, in dem die gesetzlich vorgeschriebene Beschlusssatzung der Generalversammlung über die neue Satzung zwar erfolgt, ein überwältigender Beschluß der Werksbesitzer und Knappischafstväter in der Versammlung indessen nicht erzielt wird. In einem solchen Falle würde lediglich die Vorschrift im Artikel 4 Abs. 1 der Novelle zur Anwendung kommen, wonach das Oberbergamt die nach der Novelle erforderlichen Änderungen der Knappischafssatzungen vornehmen hat, sofern diese Änderungen bis zum 1. Januar 1908 durch die Vereinsorgane nicht vorgenommen sein sollten.

In einem solchen Falle ist das Oberbergamt indessen nach dem klaren Wortlaut der gesetzlichen Vorschriften zu Änderungen nur soweit befugt, als Änderungen notwendig sind, um die bestehende Satzung mit den zwingenden Vorschriften der Novelle in Einklang zu bringen. Dagegen würde das Oberbergamt nicht befugt sein, weitere Änderungen an den bestehenden Satzungen vorzunehmen, möchten diese Änderungen im Interesse des sozialen Friedens oder zur Schlichtung der zwischen dem zur Satzungänderung gesetzlich berufenen Vereinsorgan bestehenden Meinungsverschiedenheiten auch noch so erwünscht erscheinen. Eine derartige Maßnahme der Aufsichtsbehörde würde einen Eingriff in die gesetzlich festgelegte Selbstverwaltung der Knappischafsfürsorgevereine darstellen, insbesondere würde es auch hinsichtlich der Höhe und der Art der Vereinsleistungen, sowie der Beiträge lediglich die Aufgabe der Aufsichtsbehörde sein, die bestehenden Satzungen an die zwingenden normalen Vorschriften anzupassen; dagegen wäre die Behörde zweifellos nicht befugt, darüber hinaus irgend welche Änderung an der bestehenden Satzung vorzunehmen."

Die Kälefesten tun gut, sich die Leidenschaften des Regierungsorgans zu merken. Für sie kann nur maßgebend sein die Parole: Keine Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Zustand. Nie materiell den alten Zustand beibehalten, als sich Verschlechterungen gefallen lassen!

Einigung der organisierten Meldesten.

Um 17. September hat eine Sitzung von gewählten Vertretern der organisierten Knappischafstväter im Ruhrbezirk stattgefunden. Es nahmen daran teil je fünf Delegierte der Verbandsväter wie der Gewerbevereinsväter, außerdem zwei Väter der polnischen Vereinigung. In allen zu beschließenden Fragen ist Einstimmigkeit erzielt worden. Die Verhandlungen betraten den Satzungsentwurf des Allgemeinen Knappischafstvereins wie der Bildung des Allgemeinen Bergarbeiterverbandes. Es wurde beschlossen, sich beiden Fragen gegenüber ablenken zu verhalten unter Hinweis auf die schon bekannte Gruppe, die die Abstimmung bedingt. Beiläufig der Fragen der Ausgleichung der verschiedenen Anträge wie der vom Verband gestellten neuen Anträge wurde gleichfalls Einstimmigkeit erzielt.

Die bezeichneten 10 Punkte als Verschlechterungen (abgedruckt in Nr. 37 der "Bergarbeiter-Zeitung") wurden einstimmig als solche bezeichnet, ebenso die Feststellung der Witwenrente nach dem 5. Entwurf. Weiter wurden über die Anträge Weidmann zu § 14a und § 78 der Entwürfe verhandelt aber nicht akzeptiert.

Zu § 98 Abs. 4 entstand eine Debatte über das Ausscheiden der Väter, welche während der Amtsperiode Invaliden werden. Diese Frage wurde als prüfungswert angesehen. — Außerdem wurden noch einige Fragen faktischer Natur behandelt und auch hier Einigkeit erzielt. Die Werksbesitzer werden also in der Generalversammlung einer gut geschlossenen Phalange der Kälefesten gegenüberstehen.

Bogum. Am Freitag, den 20. September waren die Vorstandsältesten vom Herrn Knappischafsdirektor Köhne nach Bogum zu einer Ansprache über die neuen Satzungen geladen worden. Augen Köhne nahm auch Dr. Weidmann an der Besprechung teil, diese hat zu einem Endresultat nicht geführt, obwohl die genannten Herren zugaben, daß einige der Verschlechterungen aus dem Statut herausbleiben könnten. Sie wollen aber noch mit den Werksbesitzern gleichfalls Rückgrat nehmen, sodass abzusehen bleibt, wie weit die Herrschaften den Knappischafsmitgliedern Entgegenkommen zeigen.

In Nummer 37 des "Bergknappen" wehrt sich der Vorstandsälteste Schäfer vom Gewerbeverein gegen die verschiedenen Anträge seitens Altväter. Er will nicht gegen Anträge des Gewerbevereins gestimmt haben. Eine Antwort auf die Erklärung abzugeben erübrigte sich, da sich inzwischen herausgestellt hat, daß die Anträge Schäfers nicht immer die Anträge des Gewerbevereins waren. Direkt ungünstig sind die Ausschaffungen Schäfers zu Punkt vier und sieben seiner Erklärung. Wenn wir an dieser Stelle nicht darauf eingehen, dann geschieht es nur des lieben Friedens halber.

Erle. Am 15. September fand in Erle eine Versammlung des christlichen Gewerbevereins statt, die von Mitgliedern aller Organisationen zahlreich besucht war. Als Referent war der Redakteur des "Bergknappen" Kürten erschienen. Folgende aus der Versammlung heraus eingebrachte Resolution wurde, trotz des lebhaften Widerspruchs von Seiten Kürtens, fast einstimmig angenommen, nur etwa 40 Männer enthielten sich der Abstimmung.

Resolution.

"Die heutige von Mitgliedern aller Organisationen gut besuchte Knappischafsmitgliederversammlung erkennt an, daß es notwendig ist, um den Forderungen der Bergarbeiter den nötigen Nachdruck zu verleihen, eine Verschmelzung, wenigstens der beiden größten Bergarbeiterorganisationen, in die Wege zu leiten. Eine Einigung nur für die Zeit des gemeinsamen Kampfes um ein annehmbares Statut kann den Werksbesitzern auf keinen Fall imponieren, wissen sie doch nur zu gut, daß unmittelbar nach Beendigung des gemeinsamen Kampfes der alte Brüderstreit wieder von neuem beginnt. Die Versammlung erkennt weiter an, daß solange die Bergarbeiter getrennt marschieren, sie mit Leichtigkeit von den vereinigten Unternehmern zu schlagen sind. Aus diesen Gründen fordert die Versammlung die Vorstände der Verbände auf, dem Vereinigungsbedenken näher zu treten und die Gegner der Vereinigung unter rücksichtloser Aufwendung ihrer wirklichen Motive als das zu kennzeichnen, was sie sind."

Höntrop. Die Auszahlung der Knappischaflichen Leistungen für die Zahlstelle Höntrop geschieht vom Monat Oktober 1907 ab im Lothal des Hertogs Heinrich Schacht in Höntrop, Bahnhofstraße 58.

Jahre. Knappischafstwahlen in Höntrop. Am 8. September wurden auf Weisung des Königin Luisegrube und Girodgrube des Höntroper Steinkohlenwerkes (Höntrop) Knappischafstwahlen des Höntroper Knappischafstvereins durchgeführt. Die Kälefesten Paul Hart als Knappischafstvater wieder. Zott wurde

schnell im Februar 1907 gewählt. Die Wahl aber wurde damals laut § 72 des Knappischafststatut für ungültig erklärt. Nun ist Volk doch wieder gewählt. Anders haben die knallischen Knappen auf dem Westfälischen Bergknappischafstvereine gestanden. Dort war bisher Bergarbeiter Schmelz Knappischafstvater, diesmal wurde Oberhauer Weise gewählt. Dieser wurde von seiner ursprünglichen Arbeit in die betreffende Abteilung verlegt, um die Wahl mitmachen zu können. Es ging auch von Ort zu Ort und empfahl seine eigene Person als die geeignete für den Posten eines Knappischafstvaters. Bei der Wahl wurde er von seinen Knapslingen als Vetscher vorgeschlagen und im Augenblick sprang er hinter den Wahltisch, wenn die Arbeiter wählten. Unter diesen Umständen verlornte er 94 Stimmen auf seine Person, während sein Gegner, der Vetscher und Ausschusssitzes p. Meister nur 65 Stimmen erhielt. Die Kämeraden haben schon vergessen, wie sich die Herren Knappischafstväter, welche ebenso Oberhauer, Sieger usw. sind, am 27. Juli d. J. bei der Generalversammlung in Rottovia benommen haben. Über neu, vergessen haben sie es nicht, konnten es nicht vergessen, weil ihnen der "Polak" und "Gornoszak", beider Abonnenten sie sich, nichts davon berichtet hatten, sie daher auch nichts wußten. Sie wußten daher auch nichts über die Verschlechterungen im neuen Knappischafststatut, die Kornanty-Söglings, und daher wußten sie statt eines Mitarbeiters, einen Oberhauer als Knappischafstvater. Als Vom dasselb. Stoff Bier und Cognac von den Tischen bei Herrn Kentnowski. Ob der Altkohl auch bei der Individuumpension nach dem neuen Knappischafststatut für den abgerückten Bergmann steigen wird, müssen wir abwarten. Der gewöhnliche Oberhauer wird es aber vielleicht zu befürchten wissen. Das alte Sprichwort sagt: "Mit Speck fängt man Mäuse und mit Schnaps die Bergleute". Das sollten die oberhauerischen Knappen bedenken und nicht für Schnaps ihr Recht verlassen.

Mißstände auf den Gruben.

Ruhrevier.

Beche Augustia-Viktoria. Vogel frisch oder stiel, so heißt es hier allgemein und besonders im Revier I des Steiger's Wk. In diesem Revier in Flöz 7 wurde vom Steiger Baumelster ein Arbeiter beauftragt, Holz mit einem Handkobel heranzutragen. Da aber noch keinerlei Vorrichtung, besonders keine Rolle da war, und insgegenseitig das Selt über einen Stempel laufen mußte, war die Arbeit, besonders für einen Mann an schwer. Als sich der Arbeiter darüber beschwerte, wurde er vom Steiger Baumelster angeklagt: "Was, die Arbeit können Sie nicht, das hätte früher ein Schlepper fertig gebracht, wenn Sie das nicht können, müßt ich Ihnen auch Schlepperlohn geben". Als sich der Arbeiter gegen diese Behandlung verwahrte und beklagte, daß er schon über 40 Jahre alt sei, erklärte der Steiger: "Davon kann sich die Beche absolut nichts annehmen". Es wäre unseres Erachtens besser, wenn derartige Anstrengungen ruhiger und leichter Arbeiter überbleiben, dafür aber für nicht Ordnung im Revier gesorgt würde. Vor allen Dingen ist es unstatthaft, einen Arbeiter vor einer Arbeit, die noch zudem selten befaßt wird, allein zu beschäftigen. Auch sollen die Fahrschächte sehr schlecht in Ordnung sein, und besonders im Flöz 10, im Stapelschacht, soll der Fahrlässigkau Raum zu passieren sein. Wenn des Nachts in den Fahrschächten Reparaturen ausgeführt werden, ist es den Arbeitern nicht möglich, zu den Wortsässern zu gelangen, weil ihnen die Steine hagelnd um die Ohren häufen. Man sollte daher diesen Zustand dadurch abheben, daß man auf jedes Ort einen Wortsessel setzt.

Beche Bergmann b. Witten. Der Bergmann erkennt sich auch seines Vieches, so heißt es in der Bibel, aber hier scheint man mehr vom Profit als von der Bibel zu hasten, denn die Grubenpferde werden sehr schlecht behandelt. So sollen sie, wie uns berichtet wird, nicht gepflegt werden und insgegenseitig, was sehr erstaunlich, einen elenden Geruch von sich geben. Tränke soll man die armen Tiere nur in den schmutzigen Wasserleiter und sehr oft es vorkommen, daß sie nichts zu fressen kriegen, weil kein Futter da ist. Aber auch in anderer Beziehung sind hier die Verhältnisse nicht besser und die Beche ist infolgedessen zum Laubenschlag geworden. Die Strohmen sind zumeist eng und schmutzig, wahre Mauselöcher, ebenso sieht es vor den Dettern und Pfälzern aus. Mit dem Gezähn hapert es ebenfalls sehr, manche Stücke sind überhaupt nicht da, besonders Bohrmühlchen, und ist eine solche einmal reparaturbedürftig, muß sie sich der Kumpel auf den Rücken schnallen und ins Offengeschäft zur Reparatur bringen. Die Haushaubenkohlen kosten für die Bergarbeiter pro Wagen 4 Mk., dabei hat Beche Bergmann sehr schlechte Kohlen und die besten erhalten die Bergarbeiter nicht. Das Wochenschau soll zumeist aus Grubenwasser bestehen und einen elenden Geruch von sich geben. Das herzliche Auftreten des Betriebsführers Will wird von den Arbeitern ebenfalls sehr ungern empfunden und werden wir, wenn keine Besserung eintritt, dasselbe einmal eine eingehende Kritik unterziehen müssen.

Beche Deutscher Kaiser. Überschichten und bergpolizeiliche Vorschriften auf Beche Deutscher Kaiser Schacht I. Hier hat seit Herbst v. J. ein System Platz eingerissen, das unglaublich ist. Überschichten auf "Teufel kommt heraus" werden gemacht, aber die bergpolizeilichen Vorschriften ungern und nach vernachlässigt. Jede Woche wird 1/4 Schicht verschwunden. Die Mittagschicht kann jede Woche einmal dopelt machen, und abends drin bleiben. Die Frühschicht kann Samstag abends anfahren, sodass jeder Bergmann die Woche 7/8 Schichten verfährt, oder verfahren kann. Wir bezweilen, daß es eine zweite Beche im Ruhrkreis gibt, wo man so nach Kohlen jagt. Wie bei solchen Bechen die bergpolizeilichen Vorschriften ungern werden, zeigt folgendes: Sobald die Mannschaft den letzten Korb bei der Aufsicht verlässt, wird die Seilbahn in Bewegung gesetzt, welche die Leute passieren müssen. Der Querschlag ist ziemlich eng, zudem liegen jeden morgen die Wagen aufeinander und heißt es dann einfach darüber gesleckt. Aber auch dann müssen die Arbeiter spüren, daß der Steiger und Betriebsführer Kohlen und Thypfen "Profit" brauchen. Der Steiger kommt jede Schicht zwei bis dreimal vor die Arbeit und schreit und sammelt nach Kohlen, Kohlen und nochmals Kohlen, sodass der Arbeiter nicht weiß, was er zuerst anfassen soll, verbraucht, ist und nicht den bergpolizeilichen Vorschriften entspricht. Wägt sich der Einfaerer im Revier schon, dann wird der erste beste Arbeiter denselben in jede Arbeit vorausgeschickt, damit der Einfaerer alles in Ordnung findet. Dann heißt es: Verbauen der Einfaerer ist da. So wird die Bergbehörde hinter ihr Recht geführt! Auch bei der Seilfahrt heißt es nur recht schnell, damit die kostbare Zeit nicht verloren geht und manchmal läuft sich der Maschinist kaum Zeit zum umsehen. So wurde kürzlich noch, nur durch die Geiste gegenwart eines Unschlängers ein Unfall verhindert. Ein Mann wollte den Förderkorb besteigen, als der Maschinist plötzlich, ohne daß ein Signal gegeben war, den Korb umsetzte. Hätte der Unschlänger den Mann nicht mit eigener Lebensgefahr zurückgerissen, er wäre unweigerlich zerdrückt worden. So wird heute mit dem "denksaulen" Bruder Bergmann umgesprungen, der es trotzdem aber nicht für nötig hält, sich der Organisation anzuschließen. Es gilt darum für die Bergarbeiter sich aufzurichten

zu den Leuten in die Arbeit und diese beschweren sich, dann erklärt er: „Klopft nur feste drauf los, dann verdient ihr auch was!“ In der Gedingezeitung herrscht bei den Beamten überhaupt eine sehr große Willkür. Jeden Tag werden da oder dort die Gedinge gekürzt, mit der Motivierung, daß dann die Arbeiter mehr kostet seien. Diese Praxis ist in der Tat mehr als merkwürdig und würde den Beamten gegenüber angemahnt, diese bald, davon sind wir überzeugt, zu heller Empörung treiben. Sieht man im Arbeiter denn nur ein Ausbeutungsobjekt? Hat nicht auch der Arbeiter Freimüthe, deren Unterhalt aus seinem Verdienst bestreiten werden muß? Alles das aber schneien den Herren, ihrem Verhalten nach zu urteilen, böhmische Dörfer zu sein. Besonders sollen die Herren den Bergarbeiterverband nicht leiden mögen und sollen die bekannten Mitglieder vielfach Strafarbeit erhalten. Einem Krankenwagen soll die Beche auch nicht helfen und soll, wie uns berichtet wird, ähnlich ein Schwererleichter auf einer Kipplarre von Eslo nach Wanne ins Krankenhaus gefahren worden sein. Hoffentlich sieht man sich veranlaßt, Abhilfe zu schaffen, damit solt nicht mehr darauf zurückzukommen brauchen.

Beche Grünberg. Wie die Bewohner der Bechenkolonien behandelt werden, ist häufig hervorgehoben worden und unsere Beche bildet da keine Ausnahme. Besonders ist es hier der Kolonieverwalter Spitz, der als sehr schmeichelhaft gilt und den Koloniebewohnern das Leben nach Kräften sauer macht. Wie man aber mit den Umgangssprachen von Verstorbenen in der Kolonie umgeht, zeigt folgender Fall: Einer in der Kolonie wohnenden Witwe war am 11. August der auf der Beche tätige Sohn gestorben, worauf sich ein schon verheirateter Sohn beim Schichtmeister zur Beilegung der Miete für seine Mutter verpflichtete. Es wurde ihm jedoch erklärt, daß er das nicht notwendig habe, weil in solchen Fällen die Miete von der Beche gedeckt würde. Nach acht Tagen erschien aber trotz dieser Erklärung der Wohnungsverwalter und verlangte Rückzahlung der Wohnung bis zum 1. September, also ungefähr innerhalb 10 Tagen. Der verhexte Sohn begab sich jetzt zum Wohnungsverwalter, erbot sich zur Zahlung der Miete und bat, seine Mutter doch wohnen zu lassen. Herr Spitz aber erklärte, im Auftrage der Bechenverwaltung zu handeln und, als der Betreffende dann noch einige Einwendungen machen wollte, geriet Herr Spitz in große Aufregung und schrie fortgesetzt: „Haus und nochmals raus“, und dabei sah er ihn am Atem. Dieser erklärte, er wäre anständig gewonnen und würde auch anständig gehen, zum Hinauswerfen sei keine Ursache da. Als der Betreffende dann zur Haustür ging, hielt auch Frau Spitz ihre Stunde für gekommen und sie brachte ihre Autorität in der Weise zur Geltung, daß sie dem Hinausgeworfenen die Haustür mit aller Wucht in die Hände warf, sodass dieser fast dingelöst wäre. Das sind ja recht niedliche Gefechte und wir fragen hiermit öffentlich an, ob das alles im Auftrag der Bechenverwaltung geschah?

Beche Konstantin (Schacht VI). Vor etwa 14 Tagen wurde unter der Belegschaft bekannt, daß das Gesundheitsamt das Verfahren von Doppelschichten verbieten habe. Jetzt sucht sich die Verwaltung jedoch in äußerster Weise zu helfen, denn am 18. d. M. sollte laut Aufschlag die Belegschaft außerhalb Schichten verfahren. Damit hätte die Verwaltung aber wenig Glück, denn zwei Drittel der Belegschaft fuhr nach Ablauf ihrer regelmäßiger achtstündiger Schicht heraus und von der Mittagszeit blieben noch weniger drin. Dem Betriebsführer Droste hat der Arzt krankheitshalber das Fahren der Grube verboten. Der Betriebsführer sollte daher auch bedenken, daß auch die Bergarbeiter Menschen sind, denen man nicht zunutzen soll, ihre Gesundheit zu ruinieren.

Beche Bothenringen. Ein Denkmal wollten die Arbeiter dem Fabrikleiter Schmidt setzen und zwar aus „Dankbarkeit“ für die Art und Weise, wie er das Auftreten versteht. So soll er, jedenfalls damit es schaden gehen sollte, förmlich selbst die Signale geben haben. Als sich der Anschläger mit dem Hinweis, daß er die Verantwortung zu tragen habe, sich diesen Eingriff in seine Funktionen verbietet, soll er sofort die Entlassung erhalten haben. — Herrerecht! — Die elektrische Streckenförderung ist manchmal, ohne Rücksicht darauf, daß die Arbeiter beim Schichtwechsel die Strecken passieren müssen, bis fünf Minuten nach 2 Uhr im Betrieb. Es kann dieses jedenfalls nicht sofort genug verurteilt werden, weil sich die Arbeiter dabei doch in außerordentlicher Gefahr befinden. Ist es doch vorkommen, daß ein Arbeiter mit dem Schlangenbohrer an die elektrische Leitung kam und einen Schlag erlebt, daß er in die Wasserspeiseführer fällt. Das Bohr aber blieb hängen und kam mit dem nachfolgenden Wagen in Berührung, sodass ein gewaltiger Funkenregen entstand. Wie leicht hätte da ein größeres Unglück passieren können. Einem Geähnlichen kennt man hier ebenfalls nicht, denn die Arbeiter müssen ihr Gescheh nicht nur zum Schacht tragen, sondern auch nicht auf den Kopf nehmen. Das sind doch jedenfalls unzählbare Kunden, die sehr leicht bestellt werden könnten.

Beche Wolfsburg, Schacht III und IV. Es wird auf diesem Schacht viel darüber gegrübelt, daß bei der Auslöschung des Schalters II nur einen Mann abfertigt, während am Schalter I drei bis vier ausbezahlt werden. Man kann es den Kameraden nicht verdenken, wenn sie darüber unzufrieden sind. Dann wäre es zu wünschen, daß die Steiger etwas früher an ihren Schaltern erscheinen, besonders zur Lohnbuchausgabe, denn es ist recht unangenehm für diejenigen Kameraden, die mit den ersten Körben herauskommen, wenn sie solange warten müssen. Wir ersuchen die Verwaltung für Abschaffung obiger Missstände Sorge zu tragen.

Beche Monopol. Beim Abteufen des neuen Luftschachtes II der Beche Monopol gehtig, werden die bergpolizeilichen Sicherheitsvorschriften fast gar nicht befolgt. Beim Abschießen von 11 bis 14 Schüsse auf einmal, wird vom Steiger Vorschüte verlangt, daß die Schachthauer nicht zu Tage kommen, sondern sie müssen 70 bis 80 Meter über der Sohle auf den Fahrbühnen bleibenn. Der Schacht ist jetzt 100 Meter tief. Welchen Luftdruck die Kameraden da ausgesetzt sind ist daraus zu erkennen, daß die schweren Fahrläppen mit großer Gewalt aufziegen und die schweren Schachttdecken, welche aus dicken Böhlen besteht und mit Platten belegt ist, gehoben wird. Die Böhlen müssen nach abtau der Schüte erst wieder festgenagelt werden. Des weiteren müssen nach Fertigstellung der Schachtmauerung die Schachthauer die eingebauten eisernen Eintrüche, welche die Mauersperre bedeckt sind, ohne jede Schnurvorrichtung reinigen. Ein einziger Fegefeuer und der Mann stirzt in die Tiefe. Ein Krankenwagen ist wohl da, aber anscheinend nur zur Parade. Es ist nämlich schon der Fall vorgekommen, daß ein verletzter Kamerad einen Wagen aus dem Dorfe requirierte, um vom Platz zu kommen. Auch in der Waschstube sieht es traurig aus. Es sind da wohl zwei Frauenwärter angestellt, jedoch feiern beide schon lange Zeit krank. Die Funktion der Frauenwärter wird nun von Tagesarbeitern unwechselseitig versehen, diese Tagesarbeiter müssen einige Stunden am Schachte arbeiten, nebenbei die Waschmaschine und elektrische Maschine bedienen, dem Herrn Steiger das Essen holen und seine Schuhe putzen und außerdem sämtliche Lampen in Ordnung halten usw. Es ist bei der vielseitigen Beschäftigung dieser Leute nicht zu verwundern, daß die Schachthauer ihre Kleidung so naß, wie sie dieselbe ausgezogen auch wieder anziehen müssen, vorausgesetzt, daß die Brüder überhaupt noch da sind. Bei solcher Misswirtschaft ist es unausbleiblich, daß Uhren, Fahrradlampen und Kleidungsstücke verschwinden, wie es schon vorgekommen ist. Wenn bestimmte Leute als Frauenwärter da wären, könnte solches gar nicht vorkommen. Hoffentlich tragen diese Leute dazu bei, daß Abhilfe geschaffen wird und zwar nicht nur in den angeführten Punkten, sondern auch in anderen Sachen. Sollte unserer Hoffnung nicht entsprochen werden, so sind wir genötigt andere Geschüsse aufzusuchen.

Möller-Schächte. Ein recht fein gebildeter Mann scheint der Herr Referendar Schlattmann von hier zu sein. Als Richter von der Knappenschaftsberufsgenossenschaft angestellt, könnte er es noch zu etwas Tüchtigem bringen. So soll er unter anderem sich geäußert haben: „Die Arbeiter verkrüppeln sich in den meisten Fällen selbst die Knochen, weils sie zu faul, zu dummkopf und zu ungebildet sind. Wenn ihnen auch nur etwas fehlt, laufen sie ständig zum Doktor, um früh Invalid zu werden.“ Als ein Arbeiter sich eine solche Behandlung verdaut und seine Kameraden in Schuß nahm, er habe überhaupt keine Ahnung, er sei ein dummer hergelaufer Lehrhauer“. Wir können uns hier jeder Kritik enthalten, denn diese Tatsache spricht für sich selbst, nur die Frage müchten wir uns an Herrn Schlattmann erläutern, wer die Schuldfahrt an dem Unfall des tödlich verunglückten Abnehmers? Die bergpolizeilichen Vorschriften doch etwa nicht, denn diese sind, wie uns berichtet wird, nicht beachtet worden! Vor einigen Tagen erklärte ein Steiger einzigen Arbeitern, welche sich über den Herrn Referendar beklagten, sie müßten diejenigen schon etwas vergeben, der sei noch zu jung, der kenne so etwas noch nicht. Herr Schlattmann bildet, so bedauerlich das ist, durchaus keine Ausnahme, im Gegenteil haben wir häufig die Erfahrung machen müssen, daß gerade die jungen und unzureichenden Beamten durch besondere Schneidigkeit ihre mangelndes Wissen zu verdecken suchen. Diese Zustände können aber nur beseitigt werden durch eine starke einflussreiche Organisation. Stärker wir den Verbund, agitieren wir unanfechtbar, das ist die beste Antwort auf die Handlungsweise solcher Menschen.

Möller-Schächte. Am 9. September verunglückte hier ein junger

sich ein leerer Wagen in einem Bremsberg abhakte und beim Herunterlaufen den jungen Mann übel zusetzte. Wie sind immer der Meinung gewesen, daß es doch nicht erlaubt sei, unter einem Bremsberg zu arbeiten, wenn in denselben Wagen laufen. Über auf Staatschäften scheint auch das Unerlaubte erlaubt zu sein. Es ist hier tatsächlich Sache geworden, daß die Abnehmer während des Treibens der Wagen ständig unter den Bergen arbeiten. Wenn man bedenkt, daß auf dieser Geheue durch Vorhaken oder Seile und Kettenbrüche schon mehrere Todesfälle vorgekommen sind, so sollte man doch annehmen, daß hier einmal Rendition geschlossen wurde. Ober ist an einem simplen Arbeiter nichts gelegen? Bei solchen Zuständen sollte auch etwas mehr Gewicht auf die Instandhaltung der Gleise gelegt werden. Daß hier die Gleise reißen, ist etwas fast alltägliches. Bleibt ein Seil, wird es wieder aneinander geschnüpft und die Sache geht lustig weiter. Nur der schlechten Bahn ist es zu verdanken, daß die Wagen meistens nicht bis unten kommen, sondern eher festlaufen, d. h. dazwischen fallen, im anderen Falle würden die Abnehmer auf den Möllerschäften schon vor geworden sein. Es sind und Fälle bekannt, wo direkt defekte Seile aufgelegt wurden. Wenn man weiter bedenkt, daß die Arbeiter oft gezwungen sind, während der Förderung in einem solchen Berg auf- oder abzugehen, weil die Fahrstrecke oft total unpassierbar sind, so muß es einem wirklich wundern, daß nicht längst mehr Arbeiter zu Tode gekommen sind. Wenn man auch die sehr schlechten Bergarbeitsverhältnisse als mildern in Betracht ziehen muss, so müssen wir aber doch ganz energisch fordern, daß Leben und Gesundheit der Arbeiter besser als bisher geschützt wird. Wo soll denn das auf die Dauer hinfließen, wenn der Bremer sich nach den Signalen, welche auf den Stöhnen gegeben werden, richtet soll? Oft klopft es an drei bis vier Stellen zu gleicher Zeit und der Bremer weiß nicht, welches Signal für ihn bestimmt ist. Bleibt er aber mal auf in dem Augenblick, wo der Abnehmer unten an- oder abholt, dann gibt es wieder einen Abnehmer weniger auf den Möllerschäften. Laut Bergpolizeivorschrift müssen sich in den Bergen Signalzähmen befinden. Die Fahrzeäume (Ausflüsse), welche monatlich einmal die Neuere befahren, scheinen so etwas nicht zu sehen. Diese Zustände bestehen doch schon recht lange, daß über diese „Arbeiterverirter“ mal Abhilfe verlangt hätten, davon hat man noch nichts gehört. Da braucht man sich doch nicht zu wundern, wenn die Tätigkeit dieser Leute von der Belegschaft verspottet wird. Mit dem Hochlebenlassen einiger Bechenbeamten an verschiedenen Festlichkeiten, ist doch der Belegschaft nicht geholfen. Bulech wollen wir noch bemerken, daß hier das Strafgesetz in höchster Weise steht. Wegen allerhand Delikte hagelt es hier Strafen in Höhe von 2,50 bis 3 Mt. Wenn mal einer eine Wahrheit sagt, so nennt man solches: „Fretches Bechenen gegen seinen Vorgesetzten“. Wobei waren schon auf mehreren Bechen beschäftigt, aber eine solche Unordnung in den Grubenbauen und ein solches Strafgesetz haben wir noch nicht gesehen. Es bedarf dringend der Abhilfe.

Beche Neustadt, Schacht Heinrich. Gutsfahrer, welche gegen die bergpolizeilichen Vorschriften verstochen, haben die Arbeiter der hiesigen Beche kennen gelernt. Im Fißl Hollverehr sind die Schlagwetter so stark, daß laut einer bergpolizeilichen Verfügung die Arbeiter dort nur mit doppelten Drahtkörben auf der Rampe arbeiten dürfen. Allerdings führen hier zwei Gutsfahrer zur Kontrolle auch dieses Flözes an, welche sich aber über diese Bestimmung hinwegsetzen, d. h. nur einsche Drahtkörbe auf den Lampen hatten. Wir fragen daher hiermit bei der Bergbehörde an, ob die bergpolizeilichen Verfügungen nicht für die Gutsfahrer, sondern nur für die Arbeiter bestehen? Die Handlungsweise der beiden Herren ist leider auch bedenklich, daß auch die Bergarbeiter Menschen sind, denen man nicht zunutzen soll, ihre Gesundheit zu ruinieren.

Beche Bothenringen. Ein Denkmal wollten die Arbeiter dem Fabrikleiter Schmidt setzen und zwar aus „Dankbarkeit“ für die Art und Weise, wie er das Auftreten versteht. So soll er, jedenfalls damit es schaden gehen sollte, förmlich selbst die Signale geben haben. Als sich der Anschläger mit dem Hinweis, daß er die Verantwortung zu tragen habe, sich diesen Eingriff in seine Funktionen verbietet, soll er sofort die Entlassung erhalten haben. — Herrerecht! — Die elektrische Streckenförderung ist manchmal, ohne Rücksicht darauf, daß die Arbeiter beim Schichtwechsel die Strecken passieren müssen, bis fünf Minuten nach 2 Uhr im Betrieb. Es kann dieses jedenfalls nicht sofort genug verurteilt werden, weil sich die Arbeiter dabei doch in außerordentlicher Gefahr befinden. Ist es doch vorkommen, daß ein Arbeiter mit dem Schlangenbohrer an die elektrische Leitung kam und einen Schlag erlebt, daß er in die Wasserspeiseführer fällt. Das Bohr aber blieb hängen und kam mit dem nachfolgenden Wagen in Berührung, sodass ein gewaltiger Funkenregen entstand. Wie leicht hätte da ein größeres Unglück passieren können. Einem Geähnlichen kennt man hier ebenfalls nicht, denn die Arbeiter müssen ihr Gescheh nicht nur zum Schacht tragen, sondern auch nicht auf den Kopf nehmen. Das sind doch jedenfalls unzählbare Kunden, die sehr leicht bestellt werden könnten.

Beche Oberhausen (Schacht III, gen. Rattenfalle). Einiges Umgang mit Menschen möchte wir dem Steiger Vöcker aus Revier VI empfehlen. Dieser Herr erlaubt sich Nebensätzen gegen die Arbeiter, die unerhört sind und selbst ältere Kameraden gegenüber gebraucht er Ausdrücke wie: „Sie fauler Kerl, Sie dummköpfer Junge“ und dergl. Seine eigene fröhliche angebliche Leistungsfähigkeit stellt er aber bei jeder Gelegenheit in den Vordergrund und was heute drei Kameraden leisten, will er selber allein geleistet haben. Schade nur, daß dieser „sleizige Arbeiter“ nicht am Arbeiten geblieben ist! Bei seinen Schimpferien läßt der Herr aber strengste Partei, denn die erwähnten Ausdrücke gebraucht er nicht nur Verbände, sondern auch Gewerkschaftsmitgliedern und anderen Kameraden gegenüber. So hat er kürzlich den Verbands- und Sozialistischen Opel vom Gewerksverein in gleicher Weise beschimpft, ohne daß dieser „Held“ auch nur zu wucken wagte. Verschiedene Auflösungen seiner Kameraden, die Sache im „Bergknappen“ zu verbüfflichen, kam Opel nicht nach, sondern er wählte den besten Teil der „Capfekette“ und schwieg. Der Bremsberg in der ersten Bauabteilung gleicht einem Berg- und Tal-Karussell und hätte der Steiger diesen Bremsberg mit Vorrichtung nach der Düsseldorfer Weltausstellung geschafft, er hätte davon nur überzeugt, die goldene Staatsmedaille erhalten. Auch die Fahrschäfte befinden sich in sehr schlechter Verfassung. Die Stempel sind vielfach gebrochen und die Kappen hängen bis auf die Fahrtstrecke, während die Arbeiter kaum dadurch kommen können. Hoffentlich sieht man sich durch diese Zeiten veranlaßt, Abhilfe zu schaffen.

Beche Radbod I u. II. Das Güntlingswesen steht hier auf der Höhe, im übrigen aber lassen die Verhältnisse sehr zu wünschen übrig. Es gibt hier Leute, die vom Schicht bis zu 10 Mark verdienen, während andere bei fleißiger Arbeit nicht zu Lohn kommen können. Besonders die unter dem Spitznamen „Borussiaföllne“ bekannte Kameradschaft, zu der auch der Sohn des Steigers Sch. gehört, verdient riesige Löhne, während andere sehr wenig verdienen und vielfach auf die Gnade und Ungnade des Steigers angewiesen sind. Die großen Löhne aber werden gerufen, damit sucht man die Arbeiter von auswärts heranzuziehen, während man über die kleinen Löhne schweigt. Bei der Kontrollierung soll man sehr oberflächlich verfahren. So soll es vorkommen sein, daß ein Arbeiter schon acht Tage beschäftigt war, bevor er ein Wurmatfest beobachtete. Ob die Verwaltung glaubt, daß durch solche Verhältnisse das gute Unternehmen mit den Arbeitern gefördert wird?

Beche Sterkrade (Schacht I und II). Der Arrog geht solange zu Wasser, bis er bricht. Das sollte der Fahrsteiger Heisterkamp bedenken. Dieser Herr scheint sich ganz besonders den anderen Beamten gegenüber hervorzu zu wollen. So ist es schon wiederholt vorgekommen, daß gerade der Steiger S. die Leute zu duzenten nach Hause schickt, weil sie um 6 Uhr noch nicht in der Grube waren, selbst dann, wenn sie schon 10–15 Minuten auf der Hängestange gestanden hatten. Wir sind der Meinung, wenn die Seitschaft mittags 15–20 Minuten länger dauert, daß auch die Leute morgens mal 5 oder 10 Minuten nach 6 Uhr aufscheinen können. Wer aber damit nicht zufrieden ist und sich zu beschweren sucht, erhält sofort die Entlassung. Es wäre bedeutend besser, wenn der Steiger S. sich um seinen Schacht kümmerte, statt die Leute um ihre Schichten oder ihre Existenz zu bringen. So ist z. B. der Fahrschacht von der zweiten zur dritten Sohle in einem jämmerlichen Zustand. Die Ruhelöcher sind teilweise mit Dreck, altem Holz, Brettern, Holzlatzen usw. derart vollgepackt, daß das Herauf- und Herunterklettern während des Schichtwechsels vollständig ausgeschlossen ist. Trotzdem mussten die Kameraden der dritten Sohle vor kurzem, als an der großen Fördermaschine eine Reparatur vorgenommen werden mußte, acht Tage lang dies halbzerstörerische Kunststück ausführen. Dann läuft der Breterverschlag im Fahrschacht viel zu wünschen übrig und gerade an der gefährlichsten Stelle unter der zweiten Sohle, wo die Führungsschiene vom Unterhängesel befestigt ist, fehlt der ganze Bretterverschlag. Ist es doch noch vor kurzem vorgekommen, daß der Führungsschiene an der dritten Sohle herausgerissen wurde. Das alles aber sieht Herr S. nicht, dagegen wenn es heißt, den Schacht zu bereisen, ist er auf dem Posten. In der Regel pflegt er das des Morgens gegen 5 Uhr vorzunehmen, sodass die gleich nachher ankommende Belegschaft schon durch und durch naß ist, bevor sie noch ihre Arbeitsstelle erreicht hat. Nicht selten laufen auch die Männer unter den Traufschlöhnen zwei bis drei Tage über, ehe Abhilfe geschafft wird. Wie wenig man das Leben und die gesunden Gliedmaßen der Arbeiter achtet, geht daraus hervor, daß zwei bis drei Schachthauer auf Befehl des Steigers über einander auf der Schachtmutterung stehen, um Reparaturen auszuführen, ohne daß auch nur ein Brett als Sicherung angebracht wird. Wie es mit dem praktischen Wissen dieses Steigers bestellt ist, beweist folgender Fall: Mit einem Schachthauer führte er eine Arbeit im Schacht aus und legte zu diesem Zweck eine Standdiel über Förderkorb und Schachtmutterung, ohne den Maschinisten davon in Kenntnis zu setzen. Während der Arbeit zog der Fördermaschinist den Förderkorb weg, ohne daß einer von den beiden ein Signal zum Fahrten gegeben hatte. Die Standdielen stürzten in den Schacht und die beiden waren ziemlich ebenfalls ebenfalls mit heruntergestürzt, wenn es ihnen nicht glücklicherweise noch gelungen wäre, sich an die Schachtmutterung anzuhängen. Das sagt die Bergbehörde zu dem unverantwortlichen Verhältnis dieses Steigers. Es ist jedenfalls notwendig, auf solche gefährlichen Belehrungen hinzuweisen, damit niemand aufgeschlagen wird. Vor längerer Zeit wurde ein neues Seil an der Nebenförderung ausgelegt. Zu diesem Zwecke wurde eine Sicherheitsbüche im Schachtum, unmittelbar an der Seilscheibe, hergerichtet. Nach Beendigung

der Arbeit mußte die Büche entfernt werden. Über auch hier mußte der Bergbau S. seine Weisheit wieder geltend zu machen, die sich die Büche aufzubauen, aber die beiden Träger, welche aus zwei Schäften eichenen Hochdhäusern bestanden, ließ er im Schachtkamin zurück. Durch das Schäumen des Schachtkamins war aber nach einigen Wochen einer der schweren Vasen aus seiner Lage gerissen und stürzte gerade während der Menschenbedienung, abends gegen 9/10 Uhr, in den Schacht. Es ist ein Wunder zu nennen, daß kein Mensch dabei zu Schaden gekommen ist, umgekehrt konnte aber auch der Tod von 20 bis 30 Mannen durch den Unfall und die Fahrstreckigkeit einer einzigen Person, die man heute noch Schachtführer nennt, herbeigeführt werden. Wir möchten darum noch einmal die Bergbehörde dringend ersuchen, hier die Ordnung zu sorgen, bevor größeres Unheil entsteht. Unsere Belegschaft ist ein Mensch, der so leichtfertig handelt, sich seiner Verantwortung als Beamter nicht bewußt.

Beche Unter Pöhl, Schacht II und III. Zum Teufel will der Steiger Sr. die Arbeiter sagen, die seiner Ansicht nach nicht genug leisten. „Wenn Ihr zu mißleidet seid die Liebesfräuden zu versprechen, werde ich Euch bestrafen.“ so erklärt er denjenigen, die ihr Holz nicht allein im Liebesfräuden suchen. Die Arbeiter im Fißl Bismarck bezeichnet er als Faulzener, weil sie infolge schlechter Gehaltsverhältnisse und schlechter Gedinge nicht zu Lohn kommen können. Es ist daher kein Wunder, daß diese Beche zum Laubenschlag geworden ist, daß alle eingefesselten Arbeiter, die 15 und mehr Jahre hier tätig waren, den Staub von den Pantoffeln schlüpfen. Jede Woche wird zweimal durch Laubenschlag aufgesordert, Liebesfräuden zu versprechen. Wer dem nicht nachkommt, dessen gute Tage sind gezählt. Auch das Schmarotzertum ist hier sehr in's Kraut geschossen und anständigen Arbeitern wird die Arbeit verteilt. Wenn der Steiger Sr. weiter so das gute Unternehmen mit den Arbeitern fördert, wird er bald in seinem Revier allein sein und dann nicht mehr notwendig haben, noch jemand zum Teufel zu sagen.

Beche Bonn. **Brügelhelden.** Wie uns von hier mitgeteilt wird, sollen der Ausschirer Mühlfeld und der Wiegemeister Höhler einen jugendlichen Arbeiter misshandeln haben und zwar durch Schlägen ins Gesicht und Fustritte. Außerdem wurde dem Jungen dann noch gesagt, wenn er nicht ruhig wäre, bekäme er noch mehr Peitsche. Hoffentlich steht sich die Bergbehörde veranlaßt, die Sache einmal zu untersuchen.

Beche de Wendel b. Hamm. Wie uns von hier berichtet wird, soll ein Arbeiter in der Menage der einen Finger verloren habe, einige Tage nach dem Unfall die Aufsichter durch Schlägen ins Gesicht und Fustritte. Außerdem wurde dem Jungen dann noch gesagt, wenn er nicht ruhig wäre, bekäme er noch mehr Peitsche. Hoffentlich steht sich die Bergbehörde veranlaßt, die Sache einmal zu untersuchen.

Beche Wilhelmsthal Victoria, Schacht II und III. Am 21. September, früh morgens, wurde der Arbeiter Johann Kozick schwer verletzt zu Tage gefordert. Derselbe war im Revier 2 am südlichen Stapel auf Ort 5 am Abnehmen. Er sollte Schänen aussuchen, um dieselben nach einem anderen Ort zu fördern. In dem Augenblick, wo er die Schänen im Stapel aussuchen wollte, sauste ein schwerer Stein neben und zerstörte demselben die Schädeldecke. Nun fragen wir, war da alles in Ordnung? Nein, der Stapel soll vielmehr in einem haarschäbenen Zustand sich befinden. Die Bremskammer soll nicht verzogen und auch im Stapel soll bald kein einiges Verzugsbrett gewesen sein. Zuerst mußte der Kumpel seine Knochen zu Markte tragen, dann wurden Reparaturen vorgenommen. Die Bremskammer wurde verzogen, der Stapel wurde von oben bis unten gereinigt, Verzugsbretter wurden hergestellt und mit aller Kraft wurde gearbeitet, um alles in bester Ordnung zu bringen. Als die Bergbehörde dann kam, war alles in bester Ordnung. Es wäre doch notwendig, daß sich die Herren Gutsfahrer solche Zustände mal etwas genauer ansehen! Es zeigt sich hier wieder so recht, wie berechtigt der Wunsch der Arbeiter nach Arbeitkontrollen ist. Im ganzen Revier sind zwei Stapelreparatur

Adelsgreid Sachsen.

Selene-Idalschacht (Hohndorf). Wie auf allen Gruben, so ist auch hier Mangel an Arbeitskräften vorhanden. Der Verwaltung will nicht gelingen, trockne Kosten nicht gescheut werden, genügend freudige Arbeiter herzulösen. Wir geben den guten Rat, diese Versuche aufzugeben, denn wenn es schon gelingen sollte, etwas fremdes Menschenmaterial zu bekommen, so würde dies doch nicht lange anhalten, wenn nur weiß es eben nicht federmanns Sache ist, auf diesem Bergmann zu spielen. Auf dem Selene-Schacht steht fast vor jedem Bergmann zu holen, die sogenannten „Lungenprüfer“, ja mitunter auch zwei solcher Schlundentwinden. Die Förderstrecken gleichen zumtheile sehr Bergstücken, und wie es vor Ort aussieht — nun da schwelgen als Witze. Am Montag geht es los und dann wird gewöhnt bis zum Sonntag kommt nur in seltenen Fällen nimmt man sich einmal Beute in der Woche; die Bahn nachzulegen. So kommt es vor, daß vor den einzelnen Oeten die Stohle 20, 25 bis 80 Tage weit zum Hunde getragen werden müssen. Am Sonntag kann dann der „Kumpel“ ansfahren, um die Bahn nachzulegen oder auf den Strecken die gefährlichsten Stellen abzufestigen. Die nächste Woche aber bringt dasselbe Schauspiel. Die gleichen wollen wir auf die im 82. und 83. Querschlag befindlichen Schmalnerel aufmerksam machen. Viele Querschläge befinden sich seit Jahren zum größten Teile unter Wasser und Schlamm. Maßnahme aber, um dieselben trocken zu legen, hat man bis jetzt noch nicht getroffen und müssen die Förderleute die ganze Schicht in dieser Masse arbeiten. Kein Wunder, wenn diese Leute fröhzeitig von Rheumatismus geplagt werden und im besten Mannesalter „bergfertig“ sind. Auch wäre es kein Wunder, wenn der Herr Obersteiger mit den Prozenten etwas hinausginge. Andere Werke zahlen besser aus und glauben die Kameraden doch man auch hier das Gleiche tun kann. In letzter Zeit haben sie die Löhne allerdings etwas verbessert, aber dazu sind die Werksherrren gezwungen, um sich das jetzt so notwendige Menschenmaterial zu erhalten. Kameraden, verlaßt eure Arbeitskraft so teuer wie möglich und nützt die Zeit aus zur Stärkung der Organisation.

Grube Vereinigtfeld bei Hohnhorst. **Moderne Schäberei**
Wie wir in unserer Zeitung schon berichteten, werben von dem Stein-
kohlewerk Badia-Hohnhorst-Vereinigtfeld viele ausländische Arbeiter
herangezogen. Wie dieses Geschäft echt kaufmännisch betrieben wird, zeigt
ein uns vorliegender sogenannter "Dienstvertrag" der Firma Theodo-
riebenstahl, Stellervermittler für Industrie und Landwirtschaft in
Berlin N., Große Hamburgerstraße 18. Der Vertrag ist abgeschlossen
für sechs Monate und zwar vom 16. August 1907 bis 16. Februar 1908.
Der Inhaber hat also seine Arbeitskraft auf sechs Monate verkauft.
Der vereinbarte Lohn aber wie es im Vertrag heißt, Geldvergütung
beträgt pro achtstündige Arbeitszeit für Hauer im Altkorb je nach
Leistung 4—5 Mark, Schlepper 8,50—4 Mark. Von den ersten sechs
Wochenverdiensten bleiben je 8 Mark stehen; diese werden erst am
16. Februar 1908 jedem voll zurückgezahlt, der bis dahin dort gearbeitet
hat. Wenn ich die Stellung durch mein Geschulde
vorgezüglich verlasse, habe ich die zu meiner Beschaffung
aufgewendeten Kosten zu erstatten, so heißt es in dem
famosen Vertrag. Wer nun den Bergbau kennt, weiß, daß es nicht
allzu schwer ist, immer das Verschulden auf Seiten der Arbeiter zu finden.
Der Inhaber dieses Vertrages hat seine sechs Monate nicht abgedient,
sondern hat ohne Kündigung, weil er angeblich nicht arbeiten konnte
sein Arbeitsverhältnis gelöst. Trotz seiner kurzen Tätigkeit hat der
Betreffende auf Vereinigtfeld Land und Leute kennen gelernt und als
Faulenzer müßte er die ihm nicht lieb gewordene Stütze verlassen.

Grube Vereinigtfeld, Bodwia-Hohndorf. Geraezen unglaubliche Zustände werden uns von obengenanntem Werk über die Sicherheit im Fördergerüst I mitgeteilt. Dort soll die Bergzimmierung in dem Teile vom oberen Füllort bis zur unteren Sohle so mangelhaft sein, daß die selbe mit den gesetzlichen Bestimmungen in krassem Widerspruch steht. Am 1. September früh bei der Ausfahrt der Mannschaft ereignete sich ein Schachtabruch, welcher leicht zu schweren Unglücksfällen führen konnte. Nun haben wir die ungeheurelle Tatsache zu verzeichnen, daß bei den ersten Gerüst, wonit die Mannschaft ausfahren soll, welches abweichenlich leer heruntergeht, vom oberen Füllort bis zur Sohle öfters die Mannschaft als "Belastungsmaterial" benutzt wird. Dieses ist deshalb notwendig, weil sonst das Gerüst sogen. bleibt und der Maschinenvärter alle Regeln der Kunst anwendet, um dasselbe durchzubringen. Es ist schon vorgedommen, daß trotz Belastung durch Mannschaft das Gerüst sogen. gebrochen ist, der Maschinenvärter holt dann wieder ein Stück auf und läßt das Gerüst mit aller Wucht durchbrechen. Da durch eine solche Radikalität Menschenleben gefährdet werden, ist selbstverständlich. Am 1. September mußten auch wieder acht bis neun Mann die obere Etage besteigen, damit der Förderkorb bis zum untersten Füllort durchgehen sollte. Als das Gerüst ein Stück in die Tiefe gegangen war, riß es einen Teil der Schachtzimmierung weg; dadurch klemmte sich das Fördergerüst fest und die hereinbrechenden Gesteinsmassen stürzten mit erheblicher Wucht auf und durch das Dach desselben auf die obere Etage, wodurch einige der sich auf dieser Etage befindenden neun Mann unerheblich verletzt wurden. Nun war die Lage der im Gerüst befindlichen Kaueraden sehr kritisch. Der Zufall wollte es, daß es gerade das Fahrgerüst war, welches fest lag. Den Leuten blieb nun weiter nichts übrig, als das gefährliche Wagnis zu unternehmen und von

Gerüst herauszukriechen, um sich auf den Fahrten im Kunstschacht in Sicherheit zu bringen. Dabei bestand aber die Gefahr, daß die Bortenenden von den etwa noch nachstürzenden Gesteinsmassen getroffen und in die Tiefe gerissen werden könnten. Die Mannschaft mußte dann auf einem anderen Schacht ausfahren. Derartige Brüche sind auch schon wiederholt während der Förderung vorgekommen und sind die Schachtkammerlinie gegenwärtig wieder damit beschäftigt, auf dem niedrigen Füllort einen derartigen Bruch aufzuräumen. Die Fördergestelle flapper in den Nieten und Schrauben, sodaß die Mannschaft nur mit gemischten Gefühlen den Schacht befährt, weil befürchtet werden muß, daß dieselbe einmal aus den Nieten gehen können und ein größeres Unglück entstehen. Ein neues Gestell einzutauseln getraut man sich garnicht, weil das erst recht nicht durchgehen würde. Die Schrauben und Nieten des Gestelles haben an der Zinnierung richtige Furchen eingeschleift, wenn es aber trotzdem nicht mehr geht, wird ausgehakt, und die selbstverständliche Folge ist, daß die Zinnierung dadurch noch mehr geschwächt und immer mehr heruntergedrückt wird. Mit Recht befürchten die Arbeiter daher, daß dadurch einmal ein größeres Unglück entstehen könnte. Wir wissen ja nun nicht, ob die Berginspektion Kenntnis davon hat, erwartet aber, daß eine sofortige Untersuchung des genannten Schachtes vorgenommen wird und Anordnungen getroffen werden, welche die Sicherheit der Mannschaftsförderung garantieren.

Sie von den Kruhennveranstaltungen berichtet wird.

Zur Ausklärung unserer Leser wollen wir bemerken, daß wir im Preßgesetz gezwungen sind, auch Berichtigungen, welche nicht auf Wahrheit beruhen, aufzunehmen, da wir im anderen Falle nicht des Tatbestandes halber, sondern wegen Nichtaufnahme der Berichtigungen bestraft werden.

Eppendorf, bei Weimar. „Unter Berufung auf § 11 des Reichspatentgesetzes fordern wir Sie auf, umstehende Berichtigung der in Nr. 2 Ihres Blattes unter dem Kennworte Reiche Engelsburg enthaltenen Notiz zu veröffentlichen. Berichtigung der Notiz in Nr. 35 unter der Marke Reiche Engelsburg. Es ist nicht richtig, daß bei der Seilsfahrt große Unregelmäßigkeit herrscht, und daß die Seilsfahrt am 17. August, obwohl etwas besonderes vorging, bis 2½ Uhr gedauert hat. Richtig ist, daß die Seilsfahrtzeit stets pünktlich innegehalten wird, wenn nicht Betriebsstörungen vorliegen. Am 17. August war während der Förderrunde ein Förderseil schadhafte geworden, weshalb die Belegschaft nur mit der zweiten Förderloch ausfahren konnte, wodurch notwendig die Seilsfahrt erheblich verlängert wurde. Ebenso ist es unrichtig, daß bei der Seilsfahrt häufig die Türen defekt sind. Es ist ferner nicht richtig, daß die südliche Richtstrecke lang und schwungig ist, sodoch die Leiter fällt mit den Schuhketten im Dreh stehen bleiben. Richtig ist, daß sich die Stiecke in durchaus gutem, trockenem Zustande befindet. Schließlich ist es unwahr, daß die Leiter im Revier des Steigers W. Weißel beinahe schlechtes Bedürfnis haben. Im Fust hat der Durchschnittslohn für genannten Revier 5,75 Mark gelegen, gegenüber 5,68 in den übrigen elf Steigerrevieren. Gewerkschaft

The San Joaquin Standard

Bestell-Schreibe der Städte und
Stadtwerke 1975 - 1976 / 1977

Oberbergamtsbezirk Dortmund.
Weiter gehts nicht!

sind. Dann wird festgestellt, daß — ein zielbewußter Genosse kaum ein zuverlässiger Mensch sein kann. Weder ein Beamter noch ein klar denkender Bergmann dürfte das Verlangen haben, einem solchen Manne jeden Tag die kostbarsten Güter, Bebe und Gesundheit und alles was damit verbunden ist, mehrere mal in die Hand zu geben. Im Augenblick wirklicher Gefahren wir nie so traurige egoistische Gestalten, als wie die Überzeugungsfesten Sozialdemokraten, die vorher so geraden Mund voll nahmen.

Wir überlassen allen Menschen, das Urteil über eine solche Schreitweise selbst abzugeben. So weit hat es selbst August Brust nicht kommen lassen in seinen schlimmsten Tagen. Der Bruder des Redakteurs Imbusch hat am letzten Sonntag in Osterfeld in einer öffentlichen stark besuchten Bergarbeiterversammlung erklärt, daß er sofort bei der Gewerkschaftsleitung den Mittag stellen wolle, daß auch der "Bergknappen" keine Art und Weise gehässiger Art gegen den Verband in Erscheinung treten solle. Die obigen Aussführungen zeigen ja, daß es diesen "Bergknappen" auch die höchste Zeit ist, seiner Kampfsart sich zu begeben. Wer von den christlichen Gewerkschaftsmitgliedern mag ein solches Machwerk unterschreiben und gutheissen?

Dümpten. Die Polizei in Recklinghausen steht nicht einzeln da! Die "Vorbeeren" welche sich die Recklinghauser Polizei in den großen Polizeiprozeß vor der Bochumer Strafammer geholt, lassen anschließend auch die hiesige Polizei nicht schlafen. Am 18. August hat der Wirt Gobder (Oberhausen) unseren Kameraden den Saal für eine Versammlung am 1. September zugesagt. Als dieselben drei Tage später wieder bei dem Wirt vorsprachen, erklärte ihnen dieser, er müsse seine Zusage dem Saal betreffend zurückziehen. Der Polizeikommissar sei bei ihm gewesen und habe ihm verboten dem Verband den Saal zu geben. Den Christlichen, so habe der Kommissar gesagt, dürfe er den Saal geben, dem Verband aber nicht, tate er es aber dennoch, habe er auch die Folgen zu tragen. Der Wirt hat sich dann auch einschläfern lassen und sein Lokal zu

sparsam ist. Am 1. Februar 1863 wurde die Versammlung aufgelöst.

Wart bei Hamm. In der letzten Wochenevangelisierung am 8. September wurde unser bisheriger zweiter Vertrauensmann, Kamerad Brakelmann, einstimmig mit der Leitung der hiesigen Zahlstelle betraut. Von einer Neuwahl des Vertrauensmanns sahen die Kameraden angesichts der im Dezember stattfindenden allgemeinen Neuwahlen der Ortsverwaltungen ab. Kameraden, nun heißt es für uns, unablässige für unsere Organisation zu agitieren, damit auch der lezte Mann auf unserm Platz dem Verbande zugeführt wird. Vor allen Dingen müssen wir unserem hezigen Zahlstellenleiter mit Rat und Tat zur Seite stehen, ihn in der Agitation unterstützen, ihm bei Austragung der Zeitung und insbesondere bei Verbreitung der Flugblätter behilflich sein. Es ist die unsere Pflicht und Schuldigkeit. Denn nicht schon dann haben wir unsere Pflicht dem Verbande gegenüber erfüllt, wenn wir unser Organ fleißig lesen und unsere Beiträge pünktlich zahlen, nein, ein jeder muß selbst Agitator werden, muß selbst Hand mit anlegen zur Ausbreitung und Vervollkommenung unseres Verbandes. Nur durch eine starke und geschlossene Organisation ist es uns möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, nur durch eine starke Organisation kann das Unternehmertum zu Zugeständnissen gezwungen werden. Nichts wäre jetzt förchter von uns, als wegen der Maßregelung unseres Kameraden Dobbener den Mut sinken zu lassen, die Segel zu streichen. Nein, da Gegenteil muß eintreten. Auch dem allerrückständigsten Arbeiter muß es jetzt einleuchten, daß Kamerad Dobbener nur deshalb aus Brot und Arbeit gestoßen wurde, weil er stets manhaft für unsern Verband eingetreten ist. Und ganz besonders die böse „Bergarbeiter-Zeitung“, ab deren Berichterstatter Kamerad Dobbener galt, hatte es der Verwaltung der Zeche Maximilian angetan, weil selbige unmöglichstlich alle Missstände gebührend rügte. Das aber alle in unserm Organ veröffentlichten Missstände vollauf der Wahrheit entsprachen, steht ohne Zweifel fest. Hätte auch nur das Tipfelchen auf dem i gefehlt, die Zeche wäre sicherlich nach dem Stadt gelaufen und die irdische „Gerechtigkeit“ hätte sicherlich unsern Rebakteur hinter schwedischen Gardinen verschwinden lassen. Aber auch nicht einmal eine Berichtigung einzusenden, war die Betriebsleitung instande, ein Zeichen, daß sie selbst die Missstände als vorhanden ansieht. Wenn nun die Verwaltung der Ansicht sein sollte, durch die Berichtigung des Kameraden Dobbener auch gleichzeitig unsere Sache auf der Welt geschafft zu haben, dann befindet sie sich auf dem Holzweg. solche Praktiken sind immer noch fehlgeschlagen. Wir führen unserer Kampf doch nicht einzelner Personen wegen, sondern wegen unserer gerechten Sache. Unser Kampf gilt dem uns beibrückenden Unternehmertum; wir kämpfen für die Befreiung der Arbeiter aus den Fesseln der Sklaverei, wir kämpfen für Wahrheit, Freiheit und Recht. Mag auch einer oder der andere von uns auf der Strecke bleiben, schadet nichts, wir stellen zehnfachen Ersatz. Die Maßregelung des Kameraden Dobbener ist der beste Beweis, wie verhaftet dem Unternehmertum der Verband ist, aber auch andererseits ein Beweis, daß wir uns auf dem rechten Weg befinden. Die Maßregelung Dobbeners muß uns ein Ansporn sein, nur mit aller Kraft uns der Agitation zu widmen. In kurzer Zeit darf sich kein einziger unorganisierter mehr auf Schacht Maximilian vorfinden, alle Arbeitskameraden müssen dem Verbande angehören. Darum: Vorwärts, Kameraden, dem Ziel entgegen.

Oberbergamtbezirk Bonn.

Eschweiler. In der „Bergarbeiter-Zeitung“ sowohl als auch in Versammlungen haben wir des öfteren nachgewiesen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf Grube Reserve der Gesundheitszustand der Bergarbeiter immer mehr zerstört würde. Daß wir den Kameraden nichts vorgespielt, daß die Krankenziffer eine immer höhere wird, dafür dürften folgende Zahlen, die aus dem Rechenschaftsbericht des Eschweiler Bergappelläts entnommen sind, den besten Beweis liefern.

Jahr	Zahl der Mitglieder	Es feierten frank	Auf hundert Mitglieder kamen frante
1904	1870	916	49
1905	1887	1163	61
	1892	1202	62

1906. 1898 1302 68
Während in den letzten drei Jahren die Zahl der Arbeiter sich um 2 verminderte, vermehrte sich die Zahl der frankfeiernden Arbeiter um 380. Vor zwei Jahren fielen auf hundert Arbeiter 49 Kranke, wogegen in den letzten Jahre 68 von 100 Arbeitern krank feiern mussten. Für den Eschweiler Bezirk sind also, wenn die Arbeiter nicht anfangen zur Einsicht zu kommen, die besten Aussichten vorhanden, daß auch hier der höchste Tiefstand der Gesundheitsverhältnisse im Wurmrevier erreicht

Eschweiler. Der Eschweiler Knappsschaftsverein soll mit dem Wurmknappsschaftsverein verschmolzen werden, wozu die Eschweiler Kameraden aber kein großes Verlangen haben. Wird die Verschmelzung perfekt, so müßten die Mitglieder des Eschweiler Knappsschaftsvereins den doppelten Beitrag zahlen als jetzt, wogegen das Krankengeld nunmehr 8 Pfsg. pro Tag erhöht würde. Eine am 15. September stattgehabte Knappsschaftsmitglieder-Versammlung hat sich mit der Verschmelzungsfrage beschäftigt und eine Kommission gewählt, welche zu dem neuen Satzungsentwurf der Wurmknappsschaft Abänderungsanträge ausarbeiten und dieselben einer erneuten Mitgliederversammlung zur Beschlusssfassung vorlegen soll. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir den Rückgang der Gesundheitsverhältnisse der Arbeiterschaft der Grube Eschweiler darauf zurückführen, daß in den letzten Jahren die Arbeitskraft der einzelnen Arbeiters allzusehr in Anspruch genommen wurde. Die dürften schon die Zahlen beweisen, wenn wir die Leistungen im die Errfolge der beiden Geschäftsjahre 1904/05 und 1905/06 gegenüber

Pro Kopf der Beschäftigten betrug	1904/05	1905/06	mehr
die Kohlenförderung . . . Tonnen	217,4	219,6	2,2
die Stofserzeugung . . . " "	70,8	75,0	5,0
die Eisenerzeugung . . . "	10,0	11,7	1,7
Betriebsgewinn . . . Mark	912,0	1022,1	110,1

Dividende	470,0	566,6	96,6
Eantieme	55,0	65,8	10,8

Beamtenpensionsfonds überwiesen werden. Wie wird das Herz der Arbeiter höher schlagen, wenn sie sehen, daß die paar Kapitalisten, die Aktionäre des Unternehmens sind, für ihre "schwere" Arbeit 4 480 000 Mk. einfordern, während sie, die Erzeuger dieser Millionenrente, außer ihrem körperlichen Lohn in ihrer Gesamtheit ganze 60 000 Mk. hingeworfen bekommen, die obendrein, weil sie in eine sogenannte Wohlfahrtseinrichtung gestellt werden, dazu dienen, die Abhängigkeit der Arbeiter zu erhöhen und den Profit der Dividenschlucker zu vermehren. Die Teilerelief in unserer heutigen Gesellschaft läßt an Gerechtigkeit in der Tat nichts zu wünschen übrig. Wir sehen also, auf der einen Seite für die Arbeiter ständiger Rückgang der Gesundheit, höhere Beiträge zur Kranken- und Pensionsklasse und mehr Arbeitsleistungen, auf der anderen Seite aber sehen wir, wie die Herren Aktionäre immer höhere Prozente einheimsen, ohne dafür auch nur die geringste Arbeit zu verrichten. Hoffentlich lernen die Schweieler Kameraden bald einsiehen und erkennen wie dringend notwendig es ist, daß alle mitarbeiten, damit die noch nicht organisierten Kameraden den Verbande zugeführt werden.

Neunkirchen. „Spucke für auf das Butterbrot“, soll der Knappschäftsälteste Adam Hegert den sich bei ihm beschwerenden Kranken aus dem Knappschäfts Lazarett der Grube Frankenholz empfohlen haben. In dem genannten Lazarett sollen die Kranken keine Butter bekommen, sondern das Brot trocken essen müssen. Hierüber beschwerten sich einige Kranken bei dem genannten Altesten und baten ihn diese Sache doch einmal in einer Knappschäftsitzung zur Sprache zu bringen. Darauf soll Ihnen der Alteste erwidert haben, sie sollten sich doch auf das Brot spucken, dann wäre es nass. Wenn sich der Sachverhalt so verhält, woran kaum zu zweifeln ist, denn unser Gewährsmann ist durchaus zuverlässig, dann werft das auf diesen „christlichen“ Altesten ein sehr bezeichnendes Licht.

Hannover, Braunschweig, Hessen-Dippe

Groß-Rhüden. Ein Muster der krassesten Gleichgültigkeit und des krassesten Stumpfes, wie wir ihn schon unter den Kameraden von Carlsfund und Hermann II ab. Wie von der Welt abgeschlossen, klammert man sich nicht um die so brennenden Tagesfragen. Man sieht nichts von dem fortwährenden Ringen der klassenbewußten Arbeiterschaft mit der gewaltigen Macht des Kapitals. Man kennt auch hier ausscheinend nichts von den schweren Gefahren, die der Kultarbeiterkraft im Arbeitsverhältnis, im Knappeschaftsweise usw. drohen, aber was noch schlimmer ist, man kennt die Gefahr wohl, aber ist zu gleichgültig, um sich dagegen aufzuraffen. Man geht täglich zur Grube, um sich für niedrigen Lohn zu schinden, baut nach der Schicht auf dem Felde seinen Stohl und des Sonntags reicht man sich förmlich um Leiberschichten. In dieser Tretnishe des täglichen Einerlei trotzt man Woche für Woche dahin, ohne sich seines Gebildes als Mensch richtig bewußt zu werden. Höchstens hat die Frau noch soviel Geisteskraft, daß sie weiß, daß es für den Menschen neben Arbeiten und Schlafen auch noch andere Dinge gibt und drängt den Mann, in einen vom Direktor oder sonstigen Viebedienern gegründeten Almabimverein zu treten, um auch einmal ein Vergnügen zu haben. Damit hört aber auch ihr Denken auf. Daß die Grubenverwaltungen mit dieser Gleichgültigkeit der Arbeiter außerordentlich zufrieden sind und alles tun, um sie in diesem Stumpfem zu erhalten, ist begreiflich. Hat man doch gegenüber den zahlreichen Missständen von diesen Arbeitern nichts zu fürchten und sießen doch auch die Leiberschlässe reichlicher. Es mag ja richtig sein, wie uns berichtet wurde, daß der Herr Direktor Sander von Carlsfund den Arbeitern gegenüber noch menschlich denkt, aber das berechtigt doch noch nicht zu solcher Gleichgültigkeit. Ist der Herr ein Menschenfreund und behandelt die Arbeiter menschlich, so ist das anzuerkennen. Trotz allem aber gibt es immer Missstände zu beseitigen, gilt es, sich über die Berufssfragen aufzuklären, und gemeinsam zu handeln und nicht zuletzt ist es die Selbsterziehung der Arbeiterschaft zu einer höheren Bildungsstufe, die die Notwendigkeit der Organisation begründet. Was wir hier über den Direktor von Carlsfund sagen könnten, trifft bei weitem nicht auf Hermann II zu. Hier herrscht beim Abteufen angeblich eine Heze, daß man sich wundern muß, daß nicht mehr Unglücksfälle vorgekommen sind. Es ist zwischen den einzelnen Dritteln der reine Wettbewerb um die höchste Leistung. Wohl klagen diese Arbeiter, aber zur Selbsterkenntnis bringen sie es auch nicht. Daß bei einer solchen Arbeiterschaft die Postensägerei an der Tagesordnung ist, ist die biblische Erscheinung. Jeder möchte bald Drittelführer sein. Hat er dann einen Drittelführerposten erwirtschaft, spielt er den „Geschmolzenen“ und tyrannisiert seine Mitarbeiter oft in der schlimmsten Weise. Das gilt auch für andere Gruben. Sehen wir doch am Sonntag in Groß-Rhüden, wie sich anwesende Drittelführer für zu gut hielten, an der Besprechung teilzunehmen. Wahrscheinlich schwiebte diesen Drittelführern in der Phantasie schon der kommende Steigerposten vor. Kurz, wir ermahnen die Kameraden, sich aufzuraffen zum gemeinsamen Handeln. Gilt es doch auch für euch, drohende Gefahren abzuwehren. Auch ihr gehört in die Organisation der Bergarbeiter, den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, damit das Wort auch bei uns zur Wahrheit wird: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern.“ Aber auch die organisierten Kameraden ermahnen wir, die Gleichgültigkeit abzulegen. Werdet Mitarbeiter und in gemeinsamer Arbeit wollen wir Baustein zu Baustein sammeln, bis wir auch endlich in Groß-Rhüden sagen können: „Es ist vollbracht, gestärkt und gerüstet stehen mir da.“

Salzdorf. Seit von hoher Stelle die Parole des Niederreitens ausgegeben wurde, sind ja die Kaliarbeiter und ihre Trabanten außerordentlich übermütig geworden. Alle Brutalität gegen die Organisation wird aber noch vom Kaliwerk Salzdorf übertroffen. Alle Mittel mendet man hier an, um die Organisation niederzuhalten. Wer es wagt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, fliegt unbarmherzig aufs Pfosten. Arbeiter, die nach Arbeit fragen, werden angeschosselt, ob sie auch im Verband sind und man wirft ihnen mit dem Baunpfahl zum Ausritt. „Sie brauchen keine Organisation, die Arbeiter haben es gut hier“, das ist die ständige Redensart der Herren Beamten. Wie gut es die Arbeiter hier haben, erhellte schon daraus, daß das Werk der reine Laubenschlag ist und der Arbeitermangel das Werk wie eine chronische Krankheit drückt. Die Löhne sind in anbetracht der teuren Lebensverhältnisse in einem Badeorte als äußerst niedrige zu nennen. Es ist denn auch schon zur ständigen Gewohnheit geworden, daß junge Leute ihr Stotzgeld nicht bezahlen können und die Schulden als Andenken hinterlassen. Den Verheirateten gehts aber kaum besser. War es hier doch ein Arbeiter, der einem Beamten in der Versammlung sagte, er habe mit seinen Kindern schon oft des Sonntags kein Fleisch essen können. Am besten charakterisiert wohl die elenden Verhältnisse der hiesigen Kaliarbeiter folgender Fall. Infolge des starken Arbeiterwechsels soll der Direktor geneigt gewesen sein, den Lohn etwas aufzubessern, der Betriebsführer soll aber gesagt haben, dies sei nicht nötig, die Arbeiter hier hätten alle so viel Schulden, daß sie doch nicht weg könnten. Ist das wahr, und wir haben in anbetracht der Arbeiterlagen keine Ursache, daran zu zweifeln, so ist jeder Kommentar überflüssig. Geradezu erdrückend zahlreich sind die Klagen über Mißstände. Solche Zustände sind allerdings auch nur möglich, weil es an einer Organisation fehlt. Auch hier paart sich die Dummheit mit Schlechtigkeit und Gemeinheit und Gleichgültigkeit und Verräterei sind an der Tagesordnung. Menschen im Arbeiterkittel sind es auch hier oftmals, die sich zu Unternehmerdiensten hergeben, um eines geringen Vorteils willen. Kaliarbeiter von Salzdorf! Seid eingedenkt eurer traurigen Lage. Seid eingedenkt der Gefahren, die euch drohen. Aufgerafft und hinein in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, um dort als Mitglieder durch eure Einigkeit bessere Zustände zu erstreben; das sei die Parole. Fort mit der elenden Verräterei und Viebedienerei, nur im ehrlichen, gemeinsamen Streben ist es möglich, eure Lage dauernd zu verbessern.

Lohnbewegungen und Streifz.

Zur Lohnbewegung im Niederlausitzer

Braunkohlenrevier.

Nachdem die Werksbesitzer in ihrem prozesshaften Verhalten gegenüber den Arbeitern ausgesparten, blieb den Arbeitern nichts anderes übrig als nach Ablauf der Kündigungszeit in den Streit zu treten. Die Werksverwaltungen haben in den letzten Tagen vor Ablauf der Kündigungszeit mit allen Mitteln gearbeitet, um die Arbeiter zur Zurücknahme der Kündigung zu veranlassen. Alle Mittel waren ihnen recht um dieses Ziel zu erreichen. In den bürgerlichen Zeitungen wurde lange Artikel vom Stapel gelassen. Die Schuld an dieser Lohnbewegung wird den bezahlten Agitatoren in die Schuhe geschoben. Die Arbeitgeber sind unschuldig, die Löhne sind um 18 Prozent erhöht, die Arbeitszeit kann nicht verkürzt werden und was der Ausreden mehr sind. Auf den Werken wurden große Maueranschläge erlassen, worin in bewegter Worten die Arbeiter aufgesorbert werden, die Arbeit nicht zu verlassen.

Von einem Teil der Belegschaft ist bedauerlicherweise ohne weitere Begründung die Kündigung eingereicht worden, deren Frist nunmehr abläuft. Obgleich diese Mitglieder der Belegschaft weder Wünsche geäußert noch sie durch den gesetzlich eingeführten Arbeiterausschuss zur Kenntnis der Verwaltung gebracht hat und somit an sich für die Verwaltung kein Grund vorliegt, sich an diese Mitglieder der Belegschaft zu wenden, so unternimmt es die Verwaltung dennoch, im wohlmeintenden Interesse für die Belegschaft denjenigen Mitgliedern, welche gekündigt haben, die Zurücknahme der Kündigung zu empfehlen.

Selten einiger der Verwaltung unbekannter Personen sind vor längeren Zeit in ungewöhnlicher Weise schriftliche Vorberungen gestellt worden, die zum Teil längst Erfüllung gefunden haben.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist bei der Eigenart des Niedersächsischen Bergbaus in Verbindung mit der Produktionsmöglichkeit der Fabrikalagen ausgeschlossen.

Die Höhe sind, wie der Belegschaft ja sehr wohl bekannt sein wird, entsprechend der Erhöhung des Verkaufspreises seit dem 1. April d. J. abermals erhöht worden und haben innerhalb zweier Jahre eine Erhöhung von rund 18 Prozent erfahren.

Da die Werksleitung bekanntlich immer auf Jahreschluss verkauft werden, ist eine Erhöhung der Löhne zu dem heutigen Zeitpunkte unverhältnismäßig.

Bei gutbleibender oligarchischer Marktlage wird aber der Arbeiterschaft wie bisher der entsprechende Anteil des Mehrerlöses ganz von vorn an den Maßnahmen überlassen.

Wir möchten daher den Mitgliedern der Belegschaft, welche gekündigt haben, in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse und im Hinblick auf ihre Familien dringend raten, die Wahrheit fortzuführen, da eine von unverantwortlichen Agitatoren angezeigte Plätschprobe, an welcher — wie wohl bekannt ist — der größte Teil der Belegschaft nur widerwillig und unter Drang teilnehmen würde, zu unabsehbarem Unheil für die Beteiligten führen müsste.

Die Verwaltung a.

Aber alle diese Nebensöhne war vergebens. Die Arbeiter wollen keine leeren Versprechungen, sondern Bewilligung ihrer berechtigten Forderungen haben. Wohl sind einige Feiglinge bereit gewesen, die Kündigung unter dem Vorwand, daß sie dazu gezwungen waren, zurückzunehmen. Aber diese traurigen Gesellen machen den Stahl der Unternehmer nicht fert und hat es sich am Montag und Dienstag gezeigt, daß die Arbeiter gewillt sind, sich eine Verbesserung ihrer Lage zu erkämpfen, denn es haben nicht nur diejenigen Kameraden, welche die Kündigung eingereicht hatten, die Arbeit niedergelegt, sondern der Streik hat, bis zu dem Augenblick wo wir dies schreiben, noch fortgesetzt an Ausdehnung zugenommen. Im Streik stehen 14—1500 Arbeiter, welche sich auf 20 Gruben verteilen. Vollständig still stehen: Eisgrube-Lichtenhain, Weißnau, Sörnchen, Anna-Schläppau, Krauses-Werk-Ettewitz, Ponitz II-Senftenberg, Stadtgrube-Senftenberg, Elisabethsglück-Senftenberg, Hörlitz-Werk-Hörlitz, Friedrich-Wilhelm-Gosebau, Ulrich-Friedrich-Gosebau, Altwitz-Gosebau.

Ganzheitlich wird der Betrieb noch in folgenden Gruben aufrecht erhalten: Maria I-Nippitz, Maria II-Nitschen, Hentsel-Werk-Mautz, Reichstein-Werk-Nippitz, Bertha-Sauo, Treuherz-Ettewitz, Lauschhamer-Werk, Ferdinand-Aßhernegrota, Mühlgrube-Borsdorf, Friedrich-Ernst-Senftenberg, Werk-Dreilauf-Hübelgau-Gohra. Außerdem kommen noch einige andere Werke mit wenigen Streikenden in Frage. In diesen Werken sind in normalen Zeiten etwa 180 Bettelpressen in Betrieb, davon seien infolge des Streiks 20 vollständig still und wird die Wirkung des Streiks selbst von der bürgerlichen Presse zugegeben.

Um die öffentliche Meinung irre zu führen, erlassen die Werksverwaltungen unten 16. September in der bürgerlichen Presse ein länges Juicat betitelt: „Zur Null für uns“. In diesem Machwerk, das von 28 Werken unterschrieben ist, wird unter anderem gelagt, die Forderungen seien von unberechtigten der Bergarbeiterchaft nicht angehörenden Personen gestellt worden und die Werksvertreter hätten daher keinen Anlaß gehabt darauf einzugehen. Seit dem Auftauchen der ersten Forderungen vor etwa Jahresfrist seien die Löhne auf vielen Werken bis zu 20 Prozent gestiegen. Ohne von 150 bis 180 M. seien häufig zu verzeichnen und die Bergarbeiter hätten in den meisten Fällen Jahresdienste von 1500 M. und darüber zu verzeichnen. Die Arbeitszeit beträgt 9½ bis 10 Stunden, eine Verkürzung derselben sei aber mit Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit der Fabrikalagen unmöglich. Zudem seien die meisten Arbeiter im Tagebaubetriebe tätig, der die größte Schärfe mit der landwirtschaftlichen Tätigkeit im Freien besitzt. Die wenigen unter Tage tätigen Arbeiter aber arbeiten unter den in gefundeneßlicher Beziehung denkbaren günstigsten Bedingungen, sodass eine Verkürzung der Arbeitszeit aus Gesundheitsrücksichten für die Arbeiter gar nicht notwendig sei. Trotzdem hätten bezahlte Agitatoren die Arbeiter in der unverantwortlichsten Weise aufgehetzt, die Massenkündigungen seien ohne weitere Begründung eingereicht, viele Arbeiter würden überhaupt nicht varum sie gekündigt hätten. Die Kündigungsunterchriften seien vielfach durch Drohungen erzwungen worden, Mißhandlungen und gräßliche Bekleidungen der Arbeitswilligen hätten stattgefunden und dergleichen mehr. Es sei tief zu bedauern, daß es noch immer Arbeiter gäbe, welche den phantastischen Vorstellungen unverantwortlicher Agitatoren ein williges Ohr leihen und über sich und ihre Familien damit ein unabsehbares Unheil heraufbeschrieben. Es sei daher ein Gebot der Selbstbehauptung, wenn die Arbeiter zu den Fleischthäfen im Niedersächsischen Bergbau d. h. zur Arbeit zurückkehren, wo sie es bisher doch so gut gehabt und wo all ihren berechtigten sozialen Forderungen Rechnung getragen worden sei usw. Es verlohnt sich nun wirklich auf einige Punkte näher einzugehen. zunächst bedanken wir uns für das Eingefündnis, daß seit etwa Jahresfrist dreimal Lohnforderungen bei den Werksverwaltungen eingereicht sind. Bisher hatte man dies bestritten. Wenn dann weiter gesagt wird, daß die Einreicher der Lohnforderungen sich nicht als Vertreter der gesamten Niedersächsischen Bergarbeiterchaft hätten ausweisen können, so ist dies eine Behauptung der Werksbesitzer, über welche wir zur Tagesordnung übergehen können.

Weiter wird behauptet, daß die Arbeiterausschüsse auf Betreiben der Bergarbeiterchaft geschaffen seien. Dagegenüber stellen wir nur fest, daß die Bergarbeiter ganz andere Rechte und Sicherheit für die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse verlangt haben und heute noch fordern, als wie sie in den kautschukartigen Bestimmungen des preußischen Berggesetzes enthalten sind.

Zur Lohnfrage wird ausgeführt, daß die Löhne seit dem Auftauchen der ersten Lohnforderung (dies war im Oktober 1906) um 10 Prozent und auf vielen Werken um 20 Prozent erhöht worden wären. Da diese Behauptung geeignet ist, die Arbeiter irre zu führen, so müssen wir daher darauf eingehen. Wir wissen ja nun nicht, auf Grund welcher Lohnstatistiken obige Behauptung gemacht ist. Wenn wir aber die amtliche Lohnstatistik, veröffentlicht in der „Zeitung für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen“, betrachten, so ergibt sich ein anderes Bild. Nach dieser amtlichen Lohnstatistik betrug der Schichtlohn der Arbeiter im Oberbergamtssbezirk Halle:

im 4. Quartal 1906	3,48 Mark
" 1. " 1907	3,44 "
" 2. " 1907	3,57 "

Dies magt eine Lohnsteigerung von 9 Pfz. oder von stark 2½ Proz. aus. Wie man diesen Zahlen gegenüber 10—20 Prozent Lohnsteigerung herausrechnen kann, bleibt uns ein Rätsel. Den etwaigen Einwände, daß in obiger Lohnstatistik sämtliche Bergarbeiter des Oberbergamtssbezirks Halle einbezogen seien, wollen wir im Voraus damit begegnen, daß in den meisten anderen Braunkohlenbetrieben die Löhne höher sind, als in der Niedersachsen. Die Paradesöhne von 150—180 Mark, welche dort noch angeführt werden, haben bei den Arbeitern nur ein Välschein hervorgerufen, denn in Wirklichkeit sind solche hohe Löhne nur selten zu finden.

Die Verkürzung der Arbeitszeit soll nach der Erklärung der Werksbesitzer unbedenklich sein. Auch wird die Arbeit der Bergarbeiter in den Tagesbauen mit der Arbeit landwirtschaftlicher Betriebe gleichgestellt. Dagegenüber sei nur gesagt, daß die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit in den Niedersächsischen Braunkohlenwerken gerade so gut durchführbar ist, als in anderen Braunkohlenbetrieben, wenn nur der gute Wille bei den Unternehmen dazu vorhanden ist. — Die Braunkohlenarbeiter mit landwirtschaftlichen Arbeitern zu vergleichen, ist ein Unding und gehört schon mehr als Unterschiedenheit dazu, ein solches Beispiel heranzuziehen.

Als Rückblick auf die Gesundheitspflege der Arbeiter soll eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht notwendig sein, schreiben die Unternehmer. Wir vertreten aber die Ansicht, daß gerade in der Niedersachsen, in gesundheitlicher Beziehung sehr viel zu wünschen übrig bleibt. Dies beweisen auch die Krankenzahlen, denn es betrug im Jahre 1905 im Brandenburger Knappenschaftsverein die Zahl der Krebsfälle 908 bei 14 622 Mitgliedern. Hier kann eine Verkürzung der Arbeitszeit sehr viel gutes schaffen.

Wenn dann weiter behauptet wird, daß die bezahlten Agitatoren in unverantwortlicher Weise agiert hätten, so können wir den Werksbesitzer versichern, daß diese Agitation so lange betrieben wird, bis bessere Zustände in der Niedersachsen eingeführt sind. Dass Bedrohungen

und Bekleidungen an der Tagesordnung sein sollen, hören wir zum erstenmale. Man darf diesen Torturennotizen aber keinen Glauben beilegen, denn sie kommen aus Unternehmermunde und weis man zur Kenntnis der Verwaltung, hat und somit an sich für die Verwaltung kein Grund vorliegt, sich an diese Mitglieder der Belegschaft zu wenden, so unternimmt es die Verwaltung dennoch, im wohlmeintenden Interesse für die Belegschaft denjenigen Mitgliedern, welche gekündigt haben, die Zurücknahme der Kündigung zu empfehlen.

Selten einiger der Verwaltung unbekannter Personen sind vor längeren Zeit in ungewöhnlicher Weise schriftliche Vorberungen gestellt worden, die zum Teil längst Erfüllung gefunden haben.

Eine

Verkürzung der Arbeitszeit ist bei der Eigenart des Niedersächsischen Bergbaus in Verbindung mit der Produktionsmöglichkeit der Fabrikalagen ausgeschlossen.

Die

Wöhne sind, wie der Belegschaft ja sehr wohl bekannt sein wird, entsprechend der Erhöhung des Verkaufspreises seit dem 1. April d. J. abermals erhöht worden und haben innerhalb zweier Jahre eine Erhöhung von rund 18 Prozent erfahren.

Da

die Werksleitung bekanntlich immer auf Jahreschluss verkauft

wird,

so unternimmt es die Verwaltung dennoch, im wohlmeintenden Interesse für die Belegschaft denjenigen Mitgliedern, welche gekündigt haben, die Zurücknahme der Kündigung zu empfehlen.

Wie jezt feststeht, handelt es sich nicht, wie allgemein berichtet wurde, um eine Explosion schlagender Wetter, sondern um eine Dynamitexplosion. Dass es sich nicht um schlagende Wetter handelt und auch nicht handeln kann, beweist schon der Umstand, daß vor Ort alles unverletzt blieb, selbst den hölzernen Ladestock zum Belegen der Schüsse, fand man noch unversehrt im Bohrloch. Würde es sich um eine Explosion schlagender Wetter handeln, solche waren an der Unglücksstelle übrigens gar nicht vorhanden, dann wäre das Unglück viel eindrücklicher gewesen, denn die übrigen Grubenbaue stehen in manchen Revieren voll freier.

Das Unglück ereignete sich folgendermaßen: Kurz vor 11 Uhr in

der Nachmittagszeit (es wird auf drei Drittel geschätzt) waren die Arbeiter mit dem Festigmachen der Schüsse beschäftigt. Währenddessen löste sich ein Teil des Gangen und fiel auf den Dynamitzylinder, wodurch das Dynamit dann zur Explosions kam. Hier wurden fast buchstäblich zerissen, einem wurde der Bauch aufgeschlitzt, sodass die Gedärme herausgingen, einem andern wurde ein Bein abgerissen. Von der Detonation soll man in den umliegenden Werkstätten nichts gehört haben.

Beim Transport der drei Schwerverletzten, wovon zwei wie gesagt ihren Verlegungen schon erlegen sind, stellte sich ein Verlust heraus, der tatsächlich zum Himmel schreit. Die Beute besitzt einen Krankenwagen, worin aber nur ein Mann transportiert werden kann. Die beiden anderen Verletzten wurden daher, wohl oder übel, auf einen holperigen Mistwagen (D. R.) geladen und nach dem zwei Stunden entfernten Krankenhaus gefahren. Unterwegs wurde an diesem Wagen aber die Ue defekt und so mußten sich die Schwerverletzten auf freiem Felde auf offenen Wagen gebulden, bis der Krankenwagen wieder zurückkam. Man weiß wirklich nicht, was man hierzu sagen soll. Wenn ich so etwas in Sibirien oder in einem anderen, von der Kultur unberührten Lande abgespielt hätte, ließe es sich verstehen, aber man bedenke, in dem industriell hoch entwickelten Saargebiet hat man nicht einmal geeignete Transportmittel um drei Schwerverletzte zum Krankenhaus zu bringen. Wenn die Zahl der Verletzten nun noch größer gewesen wäre, wie hätte man dann den Transport bewerkstelligen wollen?

Das sind in der Tat Zustände, deren sich die Kulturmenschheit schämen muss. Lebhafte Zustände stellten sich auch bei der Beerdigung der Opfer heraus. Die Bekanntmachung der Beerdigungszeit erfolgte erst kurz vor Ankunft der Mittagszeit. Als die Kameraden aber den Abschlag gesehen, lehrten sie einmütig wieder um, um ihren toten Kameraden die letzte Ehre zu erweisen. Als nun alles zur Abschaltung nach dem Friedhof bereit stand, erschien ein großer Bierwagen, um die Leichen nach dem Friedhof zu fahren. Dabei war der Wagen nicht einmal für diesen Anlaß etwas ausgeschmückt. Lieber diese Kulturslosigkeit geriet die Belegschaft in helle Empörung; der schmuglige Bierwagen wurde entlistet zurückgewiesen und die Kameraden trugen dann, je sechs Mann an einem Sarg, ihren toten Kameraden zu ihrer letzten Ruhestätte. Soweit unser Gewährsmann.

Wir müssen gestehen, uns fehlen Worte der Kritik, um die vorstehend geschilderten Zustände gehörig zu kennzeichnen. Hat man denn im Saarrevier wirklich schon jedes Menschlichkeitsempfinden verloren?

So löst eine Katastrophe die andere ab. Die Herren aber da oben am grünen Tisch halten Arbeiterkontrolleure nicht für nötig, verstehen die Stimmen der Bergarbeiter hier nicht. Freilich, sie arbeiten ja nicht in den Gruben, sehen nicht die zersetzten Menschenleiber. Darum fehlt den Herren der Drang nach einer besseren Grubenkontrolle.

Letzte Nachrichten.

Waldenburg. Am 22. September fand für das Waldenburger Revier eine Konferenz der Bergarbeiter statt, um zu dem Stand der Lohnbewegung Stellung zu nehmen. Hierzu erhalten wir folgendes Telegramm: Nach heftiger zweistündiger Debatte beschloß die Konferenz, daß die Arbeiterausschüsse nochmals mit den Werksbesitzern verhandeln sollen. Eine am 6. Oktober abzuholende erneute Konferenz soll dann den endgültigen Beschluss fassen. Unterschriften zur Massenkländigung werden weiter gesammelt. „Reichstreue“, „Facharbeiter“, „Hirsche“ und Werksverwaltungen arbeiten gemeinsam mit Hochdruck gegen die Lohnbewegung. Trotzdem ist eine gewisse Streitstimme vorhanden, denn die Konferenz war neben 67 Delegierten von weit über 1000 Bergarbeitern als Zuhörer besucht. Wenn sich die Werksbesitzer eines besseren besinnen, wird dennoch der Streik wohl unvermeidlich sein.

Verbandsnachrichten.

An unsere Ortsverwaltungen!

Es kommt jetzt wieder die Zeit, wo die Reserveisten vom Militär entlassen werden und zur Berufsbearbeit zurückkehren. Unsere Verwaltungsmitglieder der Zahlstellen, Zeitungsbüro u. s. w. haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß diejenigen, welche bereits vor ihrem Abgang zum Militär Mitglieder des Verbandes waren, aufgestellt werden, damit die Mitgliedschaft, die während der Militärdienstzeit bei den betreffenden Revieristen, welche innerhalb zweier Monate frist nach ihrer Rückkehr zur Aufnahme melben, ohne Eintrittsgeld aufzugeben werden, weiter gesammelt wird. Diesejenigen Reserveisten, welche vor ihrer Militärzeit noch nicht Mitglied des Verbandes waren, müssen aufgeführt und möglichst dem Verbande zugeschlagen werden. Die Kriegsvereine sind diejenigen, die die Zahlstellen zu erhalten, welche innerhalb zweier Monate frist nach ihrer Rückkehr zur Aufnahme melben, ohne Eintrittsgeld aufzugeben, wieder ein.

Aber auch diesejenigen Reserveisten, welche vor ihrer Militärzeit noch nicht Mitglied des Verbandes waren, müssen aufgeführt und möglichst dem Verbande zugeschlagen werden. Die Kriegsvereine sind diejenigen, die die Zahlstellen zu erhalten, welche innerhalb zweier Monate frist nach ihrer Rückkehr zur Aufnahme melben, ohne Eintrittsgeld aufzugeben. Diesejenigen Reserveisten, welche vor ihrer Militärzeit noch nicht Mitglied des Verbandes waren, müssen aufgeführt und möglichst dem Verbande zugeschlagen werden. Die Kriegsvereine sind diejenigen, die die Zahlstellen zu erhalten, welche innerhalb zweier Monate frist nach ihrer Rückkehr zur Aufnahme melben, ohne Eintrittsgeld aufzugeben. Diesejenigen Reserveisten, welche vor ihrer Militärzeit noch nicht Mitglied des Verbandes waren, müssen aufgeführt und möglichst dem Verbande zugeschlagen werden. Die Kriegsvereine sind diejenigen, die die Zahlstellen zu erhalten, welche innerhalb zweier Monate frist nach ihrer Rückkehr zur Aufnahme melben, ohne Eintrittsgeld aufzugeben.

Diesejenigen Mitglieder, welche jetzt zum Militär einberufen werden, ersuchen wir, ihre Beiträge bis zum Zeitpunkt ihres Eintritts zu bezahlen und sich beim Vertrauensmann abzumelden, damit die Meldung im Mitgliedsbuch bestätigt wird. Wer sein Mitgliedsbuch während seiner Dienstzeit dem Vorstande zur Aufbewahrung übergeben will, sende es an uns ein.

Arbeitslosen-Statistik.

Bezugnehmend auf die jetzt am Schluss des Quartals wieder stattfindende Arbeitslosenzählung, die wir uns veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß ein Teil unserer Ortsverwaltungen sich immer noch nicht daran gewöhnt hat, die Zählstellen richtig auszufüllen und rechtzeitig an uns einzuführen. Besonders trifft dies zu auf eine ganze Reihe Zahlstellen im Königreich Sachsen, sowie Bayern. Ferner Mitteldeutschland, Schlesien und auch einzelne Zahlstellen im Ruhrgebiet senden entweder keine oder doch mangelfhaft ausgefüllte Karten ein. Wir machen daher ihnen zuvorkommen und den vom Militär entlassenen Kameraden beizustehen, daß ihre Interessen nicht in Kriegsvereinen, sondern nur im Verbande gewahrt bleiben. Wir Reserveisten, welche sich innerhalb Monatsfrist nach ihrer Rückkehr zur Aufnahme melben, ohne Eintrittsgeld aufzugeben, senden auch die Karten ein, ohne die Zahlstelle, von welcher die Karte abgesandt wird, darauf zu vermerken und oft dazu auch noch ohne Unterschrift; so den Kameraden, der die Statistik zu bearbeiten hat, freundlich überlassen, zu raten, aus welchen Staaten Deutschlands die Karte kommt; denn die Poststempel sind häufig so undeutlich, daß auch für den Aufgabehort nicht vertraut. Hinzu kommt noch, daß in vielen Fällen mehrere Zahlstellen von einem Postamt besorgt werden, also vom Postamt in solchen Fällen überhaupt nicht zu erkennen ist; von welcher Zahlstelle die Karte kommt. Wir ersuchen die betreffenden Ortsverwaltungen, dies zu beachten und nur ordnungsgemäß ausgefüllte Karten einzuführen. Ortsverwaltungen, welche in Zukunft in dieser Beziehung ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, werden in der Zeitung veröffentlicht.

Eggershausen. Die statutarischen Unterstützungen werden nur Sonntags von 2 bis 3 Uhr nachmittags in der Wohnung des Käfflers Schwarz ausgezahlt. — Vom 1. bis 15. Oktober findet für unsere Zahlstelle eine Bücherreise statt. Zu diesem Zwecke werden die Mitgliedsbücher eingezogen.

Küthen (I). Auf Beschluß der letzten Mitgliederversammlung bleibt unsere Bibliothek bis zum 1. Dezember geschlossen, es werden also keine Bücher bis dahin ausgegeben. Ausstehende Bücher müssen zurückgegeben werden, da ein neues Verzeichnis angefertigt werden soll.

Dahlhausen (I). Sonntag, den 29. September, nachmittags 2 Uhr, Abmarsch der Mitglieder unserer Zahlstelle zur Teilnahme am Rathausfest in Niederdöbendorf. Treffpunkt beim Witt. Eröffnung der Feste um 15 Uhr.

Bücherrevisionen. **Eggershausen.** Ende September. — **Marienthal.** Vom 15. Oktober ab. **Grillendorf.** Da der erste Vertrauensmann am 1. Oktober nach Essen verzicht, übernimmt von diesem Tage Kamerad Kaschewitz, Elisabethstraße 22, die Verbandsgeschäfte.

